

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 RM. — Einzelnummer 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bzw. 80 Pf. St. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz, vorchrift und schwächerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 281.

Bromberg, Sonnabend den 5. Dezember 1931.

55. Jahrg.

Hoovers schwere Tage.

Parlamentseröffnung in U.S.A.

Die mit großer Spannung schon seit Monaten erwartete Parlamentseröffnung in Amerika steht nunmehr vor der Tür. Am Montag tritt in Washington das Abgeordnetenhaus zusammen, und für Herbert Hoover beginnen die schwierigsten und wohl auch die entscheidendsten Tage seiner Präsidentschaft.

Es ist ein neues Parlament, vor das Präsident Hoover tritt. Es wurde am 4. November des vergangenen Jahres gewählt. Seine Funktionen beginnen jedoch erst am kommenden 7. Dezember. So will es die Verfassung der Vereinigten Staaten. Das Feinlichste für Hoover ist dabei, daß er in dem Abgeordnetenhaus über keine Mehrheit verfügt. Den 214 Republikanern stellen sich 217 Demokraten entgegen. Die Einstimmigkeit, die die Wahlen des 4. November 1930 ergeben hatten, hat sich seitdem durch Nachwahlen in eine Minderheit verandelt. Es steht also ein erbitterter Kampf zwischen dem Parlament und der Regierung bevor, deren Chef laut Verfassung Präsident Hoover in seiner Person darstellt.

Worin kann sich dieser Kampf äußern? Nur in einem Kleinkrieg. Das Parlament kann den Präsidenten durch ein Misstrauensvotum nicht stürzen, und der Präsident kann das Parlament nicht auflösen. Nur auf Grund einer Staatsanfrage kann der Staatschef von seinem Posten abgesetzt werden. Dafür aber kann das Parlament die einzelnen Amtshandlungen des Präsidenten und hiermit der Regierung bekämpfen, und der Präsident seinerseits kann gegen die Bestimmungen des Parlaments Einspruch erheben. Eine einzige Abstimmung kann dem Staatschef auch ohne Misstrauensvotum eine tödliche moralische Niederlage bereiten. So ist es Woodrow Wilson mit dem Versailler Vertrag ergangen, und so kann es Herbert Hoover mit seinem Weltmoratorium-ergehen.

Das Ansteigen der demokratischen Welle in den Vereinigten Staaten und der Niedergang der regierenden republikanischen Partei — die beiden Bezeichnungen dürfen selbstverständlich nicht mit den Begriffen „Demokratie“ und „Republik“ identifiziert werden — ist auf die Wirtschaftssorgen des amerikanischen Volkes und Staates zurückzuführen. Der Ende 1928 zum Präsidenten gewählte Hoover hat sein Amt am 4. März 1929 im Zeichen der wirtschaftlichen Blüte angetreten, deren Träger und Pfleger er sein wollte und sollte. Schon während der Wahlkampagne waren vergoldete Münzen, „Hoover-Glücksmoneten“, im Umlauf, welche die ebenso naive wie verlockende Aufschrift trugen: „Anweisung auf vier weitere Jahre Prosperität“. War schon die Vera Coolidges die Zeit des Wohlstandes, so sollte die Vera Hoover zu der Zeit des Luxuslebens werden. Deshalb lautete auch die Präsidentschaftswahlperiode der Republikaner: „Vom Coolidge-Wohlstand zum Hoover-Luxusleben“. Wie sieht nun die Verwirklichung dieser schönen Parole aus? Ein Staatsdefizit von 3 1/2 Milliarden Goldmark und ein Arbeitslosenheer von, sage und schreibe, 14 Millionen.

Nun ist selbstverständlich Hoover für die Krise nicht mehr verantwortlich als sein Vorgänger Coolidge für die Prosperität. Es hieße, die Bedeutung des Wirtschaftsprozesses falsch einschätzen, wollte man die Persönlichkeit des Präsidenten in vollem Maße für den Ablauf des Wirtschaftslebens verantwortlich machen. Wohl aber ist es für den Einzelnen charakteristisch, wie er sich in den Zeiten der Not benimmt, besonders wenn er leitender Staatsmann ist, dessen größte Kunst die Kunst des Voraussehens sein mußte. Gerade da hat Hoover seine Anhänger auf das Bitterste enttäuscht. Er hat vertuscht und schön geredet, Unwichtiges betont und Wichtiges verschwiegen. Er trat seit Beginn der Krise mit Prophezeiungen auf, die das Ende der Krise in fünf bis sechs Wochen ankündigten und die nicht mehr optimistisch, sondern beinahe leichtsinnig wirken mußten. Er hat unzählige Ausschüsse und Komitees ins Leben gerufen, die Beratungen auf Beratungen vornahmen, ohne praktische Maßnahmen aufzuzeigen. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen der jahrelange Kult sich bitter rächen mußte, der mit der Person des jeweiligen Staatsoberhauptes getrieben wurde. Heute ist die Autorität des Präsidenten Hoover als schwer gefährdet anzusehen. Bei den Präsidentschaftswahlen, von denen Amerika nur durch Monate getrennt ist, dürfte er keine bedeutenden Siegeschancen haben. Im Zeichen dieser möglichen Hoover-Niederlage wird die heutige Parlamentssession in Washington stehen.

Es gibt nur einen Umstand, der die Angriffslust der Demokraten hemmen könnte: die Angst der Hoover-Begner, in diesen Zeiten das Erbe antreten zu müssen. Denn die Opposition weiß allzu gut, daß sie kein Heilmittel gegen die lebensgefährliche Krankheit der Weltwirtschaft besitzt. Aber die Wählermassen verlangen die Anprangerung der Krise und der Personen, die ihnen goldene Berge versprochen und die sich der Krise gegenüber als ohnmächtig erwiesen. Die Demokraten müssen, ob sie nun wollen oder nicht, zu einer Offensive gegen Hoover übergehen. Die Parlamentssession in Amerika verspricht stürmisch zu werden.

Eugenbergs Antwort an Hitler.

Vor der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hielt Eugen Berg am Mittwoch, dem 2. d. M., unmittelbar vor seiner Wiederwahl zum Parteiführer eine große politische Rede, die von der Scherzpresse in breitem Auszuge wiedergegeben wird. Besonders interessiert dabei der Abschnitt, in dem Eugen Berg den jüngsten Angriff Hitlers im „Völkischen Beobachter“ zurückweist, der die Nationalsozialisten als ausschließlich in Betracht kommende Oppositionspartei bezeichnet hatte. Eugen Berg äußerte sich über die

Harzburger Front

in folgenden Sätzen: „Wenn irgend jemand, so dürfte ich vor der Beschuldigung sicher sein, die Harzburger Front durchbrechen zu wollen; denn ich habe seinerzeit zum Kampf gegen die drohende Gefahr des deutschen Volkes, gegen den Young-Plan, aufgerufen. Ich habe immer wieder Zusammenarbeit der nationalen Kräfte betrieben. Ich habe zur Bildung der Harzburger Front gedrängt. Ein jeder würde lügen, der etwa behauptete, daß ich jetzt anderen Sinnes sei. Aber jetzt ist es nötig, ein offenes Wort auszusprechen, um so mehr, als gerade jetzt von führender Stelle Worte ins Land hinausgehen, wie: Es werde in Deutschland erst Friede sein, wenn der Nationalsozialismus den anderen Parteien den letzten Mann entreißt, oder wie das, wenn das gegnerische System in Deutschland zum Sturz käme, so werde dies ausschließlich das Verdienst des Nationalsozialismus sein.“

Hierzu nur eine Randbemerkung: Repräsentant des heutigen Systems ist doch wohl in vorderster Linie das Zentrum. Warum bezeichnet das Zentrum gerade mich als den einzigen Gegenspieler? Aus dem Lande kommen hunderte Anfragen an mich seit vielen Monaten. Die einen sagen: „Im Wahlkampf von 1930 hast du gesagt: Macht mir den rechten Flügel stark! Das haben viele Tausende dahin verstanden, daß sie für die Nationalsozialisten stimmen sollten, denn diese bildeten doch heute den rechten Flügel!“

Dazu ein kurzes Wort:

Den rechten Flügel bilden noch heute wir Deutschnationalen.

Im Geiste der nationalen Erweckung übertrifft uns niemand. Den Kampf gegen Marxismus und Bundesgenossen hat niemand mit solcher Klarheit geführt, wie die von mir geleitete Partei. In allen Wirtschaft- und sonstigen Fragen liegen die Grundzüge unserer Aufbaupläne für jedermann offen dar. Wir brauchen in Deutschland nationale Erhebung der Geister und des Wil-

lens. Aber wir brauchen in dieser Zeit der Wirrnis und des Schwankens und der äußersten Gefahr auch Klarheit und Klarheit. Wer sie will, muß unsere Hausmacht stark machen. Wenn ich also heute sage: „Macht mir den rechten Flügel stark“, so heißt das: „Macht mir die Deutschnationale Volkspartei stark!“

Andere Freunde im Lande sagen mir: „Die Nationalsozialisten unseres Bezirks kämpfen trotz der gemeinsamen Front auf das Schärfste gegen uns. Der Hauptstoß richtet sich heute wohlpolitisch gegen die Bundesgenossen.“ Dazu muß ich bemerken: Ich kann mich nicht um jeden Stunk im Lande kümmern. Ich müßte mit den Massen kämpfen, mit denen ihr bekämpft werdet. Und wenn es irgendwo einmal zu schlimm werden sollte, so wird hoffentlich der gemeinsame Blick auf die Sache die Möglichkeit eröffnen, daß Herr Hitler und ich noch rechtzeitig Ordnung stiften. Keine nationale Partei darf etwas anderes sein als ein Werkzeug des Vaterlandes.“

Hitler mahnt zur Besonnenheit.

Adolf Hitler veröffentlicht einen neuen Tagesbefehl an die SA und SS, in dem wiederum zur Selbstbeherrschung ermahnt und vor unüberlegtem Handeln eindringlich gewarnt wird. In Anbetracht der Tatsache, daß die Feinde der Nationalsozialistischen Partei ihre Veruche häufen, die Nationalsozialisten zu reizen, herauszufordern und aufzukämpfen. „Keine Macht der Erde kann euch den Vorbeurteil treiben. Eure Kraft und euer Wille bürgt für den endlichen Sieg ganz von selbst. Mit geschärfter Sicherheit wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben. Deshalb: Laßt euch nicht provozieren, laßt euch nicht verführen! Wer in den letzten Tagen der Prüfung versagt, ist nicht wert, Zeuge des Sieges zu sein.“

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: Der Untersuchungsausschuss und Schlichtungsausschuss der Reichsleitung der NSDAP hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidsohn, Stabinoga und Rassung bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme in dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchung- und Schlichtungsausschuss der Reichsleitung bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor.

Gleichzeitig wird im „Völkischen Beobachter“ bekannt gegeben, daß der im Zusammenhang mit dem „Vogelheimer Dokument“ verurteilte heftige Landtagsabgeordnete „Dr.“ Schäfer nicht das Recht besitzt, den Dokortitel zu führen.

Die Schwarze Broschüre im Brest-Prozeß

Warschau, 3. Dezember.

Am gestrigen 33. Verhandlungstage im Brest-Prozeß wurde als erster Zeuge der Abgeordnete Kazimierz Gzapinski von der PPS vernommen, der bereits 13 Jahre lang das Mandat eines Sejmabgeordneten innehat. Von Beruf ist Gzapinski Publizist. Auf die Frage des Rechtsanwalts Berenson, ob er die sogenannte „Schwarze Broschüre“, eine Schrift Vanderveldes, von der man in diesem Prozeß viel spricht, kenne, erklärte Gzapinski:

„Ich kenne diese Broschüre. Sie ist ein Abdruck der Interpellation, welche die PPS durch mich im vergangenen Jahre vor den Feiertagen im Sejm eingebracht hat und welche die Einzelheiten über den Aufenthalt und die Behandlung der Angeklagten in Brest enthielt. Sie ist in drei Sprachen herausgegeben, in der deutschen, englischen und französischen; das Vorwort dazu schrieb

der bekannte belgische Sozialistenführer Vandervelde.

Auf die Frage, ob das Vorwort gegen den polnischen Staat, das polnische Volk oder gegen die Regierung gerichtet sei, erklärte der Zeuge:

„Reute wie Vandervelde hegen dem Polnischen Staate und dem polnischen Volke gegenüber keine feindlichen Gefühle. Das Vorwort enthielt nur einen Protest gegen die Verhältnisse, die in Polen herrschen. Ich kenne

weit schärfere Vorwürfe der französischen Rechten

in dieser Angelegenheit, die sich aber gleichfalls nicht gegen den Staat, sondern gegen die Methoden richten, die ihren Ausdruck in Brest gefunden haben.“

Auf den Inhalt der Broschüre und ihre Rückwirkung auf das polnische Staatsinteresse eingehend, sagte der Zeuge Gzapinski: „Die Broschüre kann ich nicht als schädigend für das polnische Staatsinteresse betrachten, da sie nur unsere Sejminterpellation enthält, die vom „Robotnik“ im Wortlaut gebracht wurde und in der ganzen Welt großes Interesse erweckte. Interpellationen sind Ausdrücke des Kampfes um das Recht. Es ist besser, wenn das Ausland sieht, daß es in Polen eine Partei gibt, die für Demokratie und Recht kämpft, als daß es nur Pilsudski oder Brest geben würde. Unlängst sprach ich in der Außenkommission des Sejm gelegentlich der Rede des Außenministers Za-

leski über das große Interesse, das der Brest-Fall im Ausland hervorgerufen hat. Der Franzose Barthelen, der doch der PPS nicht angehört, schrieb in seinem Buche, daß das, was in Brest geschah, verurteilt werden müsse. Und die rechtsgerichtete und vollenfreundliche französische Zeitung „Journal des Debats“ hat des öfteren in scharfer Weise auf die Brest-Vorfälle hingewiesen. Anfangs wurde vor dem Brest-Prozeß gewarnt. In einem Artikel vom 17. November wird in diesem Blatte zum Brest-Prozeß schon eingehend Stellung genommen. In einem Artikel heißt es, es dürfe nicht vergessen werden, daß auf der Anklagebank sitzen: Witos, der in Polen eine ähnliche Rolle wie Clemenceau in Frankreich gespielt hat, Lieberman, der das Pech hatte, als Verteidiger eines rechtmäßigen Regimes aufzutreten. Das Blatt drückt schließlich die Ansicht aus, daß die Brest-Geschehnisse und der Prozeß das polnische Volk in zwei Lager trennt und daß dies in einer Zeit geschieht, wo Polen viele Feinde, jedoch wenig aufrichtige Freunde hat.“

Gzapinski zitiert weiter Artikel des französischen sozialistischen „Populaire“, und des Organs der französischen demokratischen Linken „Dépeche“, das das in Polen herrschende Regime als die Regierung einer Rasse bezeichnet, die die Opposition vernichten will, um volle Bewegungsfreiheit in Polen zu haben. „Brest hat“, so führt der Zeuge weiter aus, „als soziales Ereignis das Prestige Polens gegenüber dem Ausland sehr ungünstig beeinflusst. Ich habe unlängst mehrere Reisen ins Ausland unternommen und dabei mit verschiedenen hervorragenden Persönlichkeiten gesprochen. Man interessierte sich allgemein für Polen und Brest, und wie man sich dabei ausdrücken konnte, Sie sich, meine Herren, sehr leicht denken.“

Schließlich erklärte der Zeuge auf Befragen, es sei ganz ausgeschlossen, daß die Oberste Kontrollkammer jetzt ungehindert arbeiten könne, da sie militarisiert sei und der Vorsitzende als Militär seinen Vorgesetzten gehorchen müsse.

Auch das Kontrollrecht des Sejm sei nur illusorisch. Der Regierungsklub sei ein Bataillon und befehle alles, was die Regierung befehle.

Der Zeuge schildert dann noch eingehend die Wahlmethoden in seinem Wahlbezirk Biala-Zafopane. „Die Ver-

Häufnisse waren hier", so sagte er, "besser als irgendwo anders, doch auch hier war der Kampf schwer. Es gab eine ganze Reihe von Landstreifen, in denen jede Agitations-tätigkeit unmöglich gemacht wurde. Auf dem flachen Lande geschahen Sachen, von denen der Städter nicht einmal träumt. Man konnte z. B. im Kreise Nowy Targ förmlich keinen Finger rühren. Die Stimmzettel mit der „7" wurden konfisziert; unsere Kandidaten wurden wie Schmuggler verhaftet. Genehmigungen zur Abhaltung von Versammlungen wurden nicht erteilt. Dasselbe war auch im Kreise Myslowitz der Fall. Bei der Zählung der Stimmen habe ich feststellen können, daß sich bei der Kreiswahlkommission fast 10 000 ungültige Stimmzettel des Zentrosinistbundes befanden, da sie Stempel mit den Namen der verschiedenen Kandidaten enthielten. Dies war in den Bezirkswahlkommissionen nicht der Fall. Hier postierten also irgend welche Wunden. Auf diese Weise haben wir eines von den uns zustehenden Mandaten verloren."

Nach einer Pause sagte der Zeuge Zdzislaw Galeski aus, der unter dem literarischen Pseudonym Andrzej Strag der breiten Öffentlichkeit bekannt ist. Der Zeuge ist Mitglied des Obersten Parteirates der PPS und war sozialistischer Senator. Auf die Frage der Verteidigung, was ihn bewogen habe, als Mann der Kunst und der Literatur politisch tätig zu sein, erklärte Galeski:

"Ich bin ein Ausnahmezeuge in diesem Prozeß. Haben doch erfahrene Politiker hier ausgesagt, ich aber bin kein Berufspolitiker. Die sozialen Angelegenheiten waren mir jedoch nicht fremd. Schon als junger Student war ich Mitglied der PPS, wurde verhaftet und verurteilt. Ich war auch in den Regionen. Immer hat mich die Ideologie des Kampfes hingezogen. Man braucht nicht Berufspolitiker zu sein und doch nicht gleichgültig zu bleiben, wenn man

Die systematische Vergewaltigung der moralischen Grundzüge in Polen

steht. Überall sind Bemühungen im Gange, den Menschen ihre natürlichen Bürgerrechte zu nehmen. Würde das Volk demgegenüber teilnahmslos bleiben, so wäre dies der Niedergang der Nation. Ich war immer ein diszipliniertes Mitglied der Partei, dies können die Angeklagten bezeugen; aber ich bekenne mich dazu, daß ich unter ihnen einer derjenigen war, die für ein schärferes Auftreten eintraten. Ich war ein Revolutionär im legalen Sinne.

Den Krakauer Kongreß, an dem ich als Mitglied des Präsidiums teilnahm, sah ich als eine sehr wichtige Form des Kampfes gegen das an, was über Polen gekommen war. Ich bin voll verantwortlich für das, was den Gegenstand dieser Gerichtsverhandlung bildet. Eigentlich müßte ich ebenfalls auf der Anklagebank sitzen. Wenn ich dies nicht verdient habe, so wahrscheinlich deshalb, weil die Leute, die die Auswahl des Materials für die Anklage vornahmen, der Meinung waren, daß meine Person als Politiker zu beschreiben ist.

Dieser Saal ist für die Unterbringung aller Angeklagten zu klein. Denn alle Zeugen sind hier ebenfalls Angeklagte. Jeder Zeuge ist Angeklagter und zugleich Sachverständiger, der sein Gutachten über die Zustände abgibt, die in Polen herrschen.

Wenn ich auf die Menschen schaue, die auf der Anklagebank sitzen, auf meine politischen Gefährten, wenn ich mir vergegenwärtige, daß diese Angeklagten bereits in fürchterlich grausamer Weise bestraft wurden, so frage ich mich: Wovon soll ich eigentlich sprechen!"

Auf Befragen erklärte jedoch der Zeuge, daß er über die Verschleppung der Abgeordneten und über Brest am 2. Dezember einen Artikel geschrieben habe, der jedoch konfisziert wurde. Am 4. Dezember habe er sich dann in einem Artikel dagegen gewandt, daß die regierenden Kreise nicht wollten, daß das bekannt werde, was geschehen ist, daß aber die Wahrheit nicht unterdrückt werden dürfe. Auch dieser Artikel wurde konfisziert. Ich überlegte, so fuhr der Zeuge fort, ob es kein Mittel gibt, daß die Stimme des Menschen gehört wird. Ich beabsichtigte, unter Umgehung der Zensur zur Öffentlichkeit zu sprechen. Dann wurde in der Sejm-interpellation die Wahrheit gesagt. Aber diese Erscheinung, daß es keine Gerechtigkeit gibt, hat in der Seele des Volkes Bitternis angesammelt, die sich im Angesicht des Morgen offenbaren und in das Verwandelte wird. Im Anschluß hieran charakterisierte der Dichter Strag in scharfen Worten die jetzige Regierung. Befragt, ob er vielleicht Kostecki-Biernacki in den Regionen kennen gelernt habe, sagte er: "Zum Glück habe ich ihn in meinem Leben niemals die Hand gereicht."

Hierauf wurden noch einige Zeugen, u. a. der Christlich-demokratische Abgeordnete Chacinski vernommen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Car an Mogilnicki.

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Brestler Gäste hatte der ehemalige Präsident des Obersten Gerichts Mogilnicki, über dessen Vernehmung wir gestern berichtet haben, die Frage der Verteidigung, wann er nach der Erledigung des Pressebetrugs pensioniert worden sei, folgendermaßen beantwortet: "Die Verfügung war bereits am 17. Januar 1929 beschloffen; sie wurde mir jedoch zwei Monate später zugestellt. Vor dieser Zustellung teilte mir ein naher Bekannter, dessen Namen ich nicht nennen möchte, mit, daß Herr Car mich in meiner Stellung belassen würde, sofern ich gewisse Verpflichtungen des Inhalts eingelebe, daß ich zumindest nicht gegen Herrn Car auftreten werde. Ich lehnte dieses Ansuchen ab. Einige Tage darauf erhielt ich die Verfügung. Von den vier Präsidenten ist heute nur noch der Präsident Pohorecki im Amte geblieben." Als Präsident Mogilnicki von der Demission des Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts Sawicki und von den Versicherungen des Ministers Mejszutowicz zu sprechen begann, daß die Verordnung über das Gerichtswesen nicht das Oberste Verwaltungsgericht umfasse, unterbrach der Vorsitzende den Zeugen.

"Ich werde also", fuhr der Zeuge fort, "mich auf die Aussage beschränken, daß nach der Veröffentlichung des Dekrets über das Gerichtswesen gleich im nächsten Dekret auf das Oberste Verwaltungsgericht ausgedehnt werde. Unmittelbar darauf wurde Präsident Sawicki in den Ruhestand versetzt. Die Verfügung wurde Herrn Sawicki während einer Verhandlung zugestellt, so daß er diese unterbrechen mußte, weil er nicht mehr Richter war. Der Zeuge sprach weiter von dem

Druck der Regierung auf die Richter.

Er erinnert daran, daß die Prokuratoren des Obersten Gerichts sagten, daß diese oder jene Sache früher behandelt werden müsse, da dies der Wunsch des Ministers sei. Mir bot man ein Notariat an, sofern ich auf das Amt im Obersten Gericht verzichte. Auch jedes andere Amt bot man mir an; nur sollte ich nicht im Obersten Gericht bleiben. Dem Präsidenten Seyda sagte Car, er könne mit ihm nicht arbeiten, da ihre Weltanschauungen verschieden seien. Präsident Seyda antwortete:

"Ich habe sechs Minister überdauert; ich kann also nicht sechs Weltanschauungen haben."

Auf die Frage des Rechtsanwalts Surlej, ob er Fälle der Verfassungsverletzung anführen könne, sagte Präsident Mogilnicki: "Ich habe die Verfassung bei mir. Es ist mindestens gegen 15 Artikel gesündigt worden. Der Zeuge holt die Verfassung aus der Aktentasche hervor und zählt die Artikel auf, die verletzt worden sind.

Im Zusammenhang mit diesen Aussagen des Herrn Mogilnicki veröffentlicht der frühere Justizminister Car in der Sanierungszeitung einen

"Offenen Brief",

in dem es u. a. heißt:

"Herr Mogilnicki kann es mir nicht vergessen, daß ich ihn im Jahre 1929 in den Ruhestand versetzt habe. Die Ursache seiner Antipathie kann ich verstehen. Trotzdem konnte ich, da ich das Gerichtswesen auf neuen, für den ganzen Staat einheitlichen Strukturgrundlagen umstülzen wollte, die Leitung einer der Kammern des Obersten Gerichts nicht in den Händen eines entschiedenen Gegners der neuen Struktur belassen, der die begonnenen Umstrukturierungsarbeiten sabotieren würde. Das Gefühl des Hasses ist schließlich eine menschliche Sache. Aber diesem Gefühl müßte man Zügel anlegen, wenn man vor Gericht als Zeuge Aussagen macht. Ich behaupte entschieden, daß Herr Mogilnicki, als er aussagte, über dieses Gefühl nicht Herr zu werden verstand und daher durch die von ihm angeführten Tatsachen eine falsche Färbung gab, indem er ihren wesentlichen Inhalt und Sinn abänderte und dadurch ein unwahres Bild schuf.

Ich bestreite nicht, daß ich im Jahre 1928, als Herr Mogilnicki Präsident der 2. Kammer des Obersten Gerichts und ich Vizeminister im Justizministerium war, mit ihm eine Reihe von Gesprächen über verschiedene juristische Themen hatte, auch das Thema nicht ausgeschlossen, für das sich damals der Sejm, die Regierung und die ganze polnische Allgemeinheit interessierte, und zwar über die Bedeutung und Form der Aufhebung der Verordnungen des Präsidenten der Republik. Es handelte sich um eine Unterredung über ein konstitutionelles Thema im Zusammenhang mit Artikel 44 der Verfassung, nicht aber um ein gerichtliches Thema. Dieses Gespräch hatte einen allgemeinen und grundsätzlichen Charakter und stand in keinem Zusammenhang mit irgend einer konkreten Gerichtssache."

Bed und Matuszewski in Berlin.

Wie die Warschauer Presse erfährt, hat sich der ehemalige Finanzminister Matuszewski in Begleitung seiner Gattin, der bekannten Weltmeisterin für den Damen-Diskuswurf, drei Tage lang in Berlin aufgehalten. Beide sind am 1. Dezember nach Warschau wieder zurückgekehrt. An diesem Tage vormittag traf auch der Vizeminister im Außenministerium Oberst Bed in Berlin ein, der drei Tage lang blieb und dann nach Paris weiterreiste. Der gleichzeitige Aufenthalt Matuszewskis und Beds in Berlin hat eine Reihe von Gerüchten und Kombinationen hervorgerufen, die jedoch nach dem "Ilustrowany Kurjer Codzienny" der Wahrheit nicht entsprechen.

Die Reise des ehemaligen Ministers Matuszewski, der gegenwärtig keinen offiziellen Posten innehat, hat einen wissenschaftlich-informativen Charakter. Herr Matuszewski sucht eine Reihe von europäischen Hauptstädten auf und hält dort informatorische Konferenzen ab, um die grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Probleme kennen zu lernen. In Berlin kam Matuszewski auch mit einer Reihe von hervorragenden Vertretern der dortigen Bank- und Wirtschaftswelt zum Meinungsaustausch zusammen. Die Ankunft des Vizeministers Bed in Berlin erfolgte vollkommen unerwartet. Vizeminister Bed begibt sich von Berlin aus direkt nach Paris zu einem kurzen Erholungsurlaub.

Polens Beitritt zur Kleinen Entente?

Paris, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) "La Liberté" meldet, daß der gegenwärtige Besuch des jugoslawischen Außenministers Marinkovic in Warschau die Einleitung zu konkreten Verhandlungen über den Beitritt Polens zur Kleinen Entente bilde. Polen soll mit Jugoslawien zunächst eine Wirtschaftsverständigung abschließen. Es handelt sich hier um die Bildung eines landwirtschaftlichen Blocks, dem auch Rumänien beitreten würde. Mit diesem Block soll auch die Tschechoslowakei zusammenarbeiten, um den Warenverkehr zwischen Polen und Jugoslawien auf dem Wege der Festlegung von speziellen Transitverträgen auf der tschechoslowakischen Eisenbahn zu steigern.

Wie das Blatt weiter meldet, wird sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der erweiterten Entente auch auf das Gebiet der Abrüstung und der Sicherheit ausdehnen.

Zaleski im Belvedere.

Warschau, 4. Dezember. (PAZ) Gestern nachmittag sprach der polnische Außenminister August Zaleski im Belvedere vor, wo er von Marschall Pilsudski empfangen wurde. Bald darauf traf dort auch der jugoslawische Außenminister Marinkovic in Begleitung des jugoslawischen Gesandten in Warschau ein. Die Konferenz dauerte etwa 1½ Stunden.

Geimführung — am 10. Dezember.

Die erste Vollsitzung des Sejms nach der Wiederaufnahme der Session soll am 10. Dezember stattfinden. Unmittelbar nach diesem Termin wird der Haushaltsausschuß mit seiner Arbeit beginnen, die jedoch nicht in vollem Umfange entwickelt werden kann, da die Session bald infolge der Weihnachtstages unterbrochen werden wird.



Die bewährten Schmerzmittel sind oft der Gegenstand von Nachahmungen. Verwenden Sie deshalb bei Kopf- und Zahnschmerzen Erkältung, Rheumatismus nur Tabletten, die wie ihre Packung das BAYER Kreuz tragen.

Es gibt nur ein Aspirin!

Steigende Arbeitslosenziffer auch in Frankreich.

Paris, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den Ende November veröffentlichten amtlichen Ziffern ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Frankreich im Laufe einer Woche um 10 000 auf 81 553 gestiegen. 7479 eingetragene Arbeitslose entfallen dabei auf Paris und seine Vororte. Ende des Jahres 1930 betrug die Zahl der Unterstützten nur 11 952. Besonders scharf treten die Rückwirkungen der Krise seit Ende Juli in Erscheinung, da die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen seit dieser Zeit um insgesamt 45 637 angewachsen ist.

Die amtlichen Ziffern geben jedoch nur ein sehr unvollkommenes Bild der tatsächlichen Lage. Die Leitung der französischen Arbeiterverbände schätzt die Zahl der völlig Arbeitslosen auf eine halbe Million und die der Kurzarbeiter auf das Dreifache. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird von Sachverständigenkreisen sehr pessimistisch beurteilt. Besonders ernst ist die Lage im nord-französischen Industriegebiet.

Einigung zwischen Kanton und Nanjing?

London, 3. Dezember. (Eigene Meldung.) Die "Times" melden aus Hongkong, daß die Gegensätze zwischen Kanton und der Nanjing-Regierung beigelegt seien. Die Vertreter Kantons, die in der letzten Woche in Hongkong gewesen wären, seien nach Kanton zurückgekehrt. Es scheint Einstimmigkeit darüber zu herrschen, daß Präsident Tschiang Kai-shek abdanken müsse.

Rücktritt des japanischen Oberbefehls-habers in der Mandchurei?

Wie dem Scherl-Dienst aus Tokio gemeldet wird, hat der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen, General Hoanjo, um seine Entlassung gebeten, da er bei der Kompromisspolitik der Japanischen Regierung, wie er erklärt, nicht mehr in der Lage sei, die Verantwortung für die militärischen Operationen in der Mandchurei zu übernehmen.

Der deutsche Generalkonsul von Mukden verschollen?

Gewisse Sorgen macht man sich um das Schicksal mehrerer ausländischer Beobachter, die sich von Tschantshau aus in das Innere des Landes begeben haben, und zwar in eine Gegend, die stark von Banden heimgesucht wird. Man ist längere Zeit ohne Nachricht, jedoch kann dies auf die schlechten Verbindungsbedingungen zurückzuführen sein. Außer Engländern, Franzosen und Amerikanern befindet sich auch der deutsche Generalkonsul in Mukden unter den vermischten Beobachtern.

Der Papst zur Weltkrise.

Anlässlich der Verlesung des Dekrets über die heroischen Tugenden der Dienerin Gottes Gemmal Galgani, die am Sonntag im Vatikan in Gegenwart des Papstes stattfand, hielt Pius XI. eine Ansprache, in der er u. a. erklärte:

Diesenjenigen, die sich jetzt mit der Lösung der Weltkrise befassen, hätten augenscheinlich das Vorhandensein Gottes vergessen. In den internationalen Zusammenkünften, die in der letzten Zeit stattfanden, sei der Name Gottes nie erwähnt worden. Wenn man aber Gottes vergesse, könnte Gott die Menschheit ihrem Schicksal überlassen und das wäre das schlimmste Übel, von dem die Menschheit heimgesucht werden könnte.

Der Papst glaubt allerdings, daß dieses Übel vermieden werden könnte, denn es gäbe noch viel Gutes in der Welt. So sei der Papst gerührt durch die unzähligen Briefe von den Armen, die ihm ihre Not anvertraut hätten, denn fast immer hätten diese die Hilfe nicht für sich, sondern für andere erbeten.

Im Verlaufe seiner Ansprache gedachte der Papst auch derer, die um ihrer Religion willen gelitten haben, besonders in Rußland, Mexiko und Spanien.

Der erschossene Spion.

Die polnische Presse hat seinerzeit unter großer Aufmerksamkeit die Nachricht gebracht, daß der erschossene Soldat Bruno Klamke sich zur deutschen Nationalität bekannt habe und daß er ein deutscher Spion gewesen sei. Das "Posener Tageblatt" hat sich an zutuniger Stelle danach erkundigt und festgestellt, daß Klamke sich zur polnischen Nationalität bekannt hat, daß seine noch heute in Lima lebende Mutter sich gleichfalls zum Polentum bekennt und daß die noch heute lebende Großmutter ebenfalls polnisches Blut ist. Ohne uns auf Einzelheiten einzulassen, stellen wir also hiermit fest, daß ein Teil der polnischen Presse die öffentliche Meinung falsch unterrichtet hat. Auch die reichsdeutsche Presse hat diese falsche Meldung über die Nationalität des Soldaten Klamke verbreitet.

Wir glauben mit der Feststellung nicht zu irren, daß noch kein deutschstämmiger Soldat der polnischen Armee wegen Spionage verurteilt wurde.

Dunkel wird es, Winter wird es und Nacht.

Dunkel wird es, Winter wird es und Nacht.
Schließe die Läden, laß nicht die Finsternis ein.
Entzünde die Kerze. Das Feuer im Herd ist entfacht.
Und wir sind allein.

Sing mir ein Lied vom Sommer, vom Sommer, der war,
Draußen beginnt es leise, leise zu schneien.
Aber ich seh nur im Kerzenschimmer dein Haar,
Und wir sind allein.

War das der Sommer, zu dem wir kaum noch erwacht?
War das der Tag, und muß es Abend schon sein?
Dunkel wird es, Winter wird es und Nacht,
Und wir sind allein.

Siegfried von Vegesack.



Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 4. Dezember.

Wechselnde Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit steigenden Temperaturen an.

Ein besserer Platz für den Autobus-Bahnhof.

Von der Evangelischen Pfarrkirche zum Hempelschen Hof!

Basi ein Jahr ist seit dem furchtbaren Unglück vergangen, das zur Verlegung der Ausgangshaltestelle für den Kraftwagenverkehr vom Brahe-User vor der Hauptpost an den Hann von Weyhern-Platz (Plac Roscielecki) führte. Diese Verlegung sollte eine vorläufige sein; aber noch immer hört und sieht man nichts von einer besseren und günstigen Regelung. Der Haltepunkt der Autobusse am Längsgebäude der Evangelischen Pfarrkirche ist ein unhaltbarer Zustand. Der schmale Rand des Kirchengrundstücks wird mit Papier, Speiseresten und Zigarettenstummeln nicht gerade würdig geschmückt. Vor allem aber sind immer wieder Störungen des Gottesdienstes zu beklagen, die es unbedingt zu vermeiden gilt. In der Zeit des Hauptgottesdienstes am Sonntag sind zwar die Autobusführer gehalten, ihre Wagen auf der anderen Seite des Platzes aufzustellen, aber auch das ist wegen der unmittelbar angrenzenden Säuglings-Klinik gerade keine vorbildliche Haltestelle. Niemand soll jedoch glauben, daß deshalb nicht eine Predigt gestört werden könnte; denn der ständige Lärm, der mit großem Getöse angefuhrten Kraftwagen dringt über den Platz hinweg noch immer in das Kirchengebäude hinein. Es kommt auch vor, daß die Chauffeure den Schluß des Gottesdienstes nicht abwarten und z. B. die Abendmahlsgemeinde durch Hupe und Motor stören. Bei Trauungen und Taufen an Wochentagen ist solche Störung die Regel, über die sich nicht nur evangelische Deutsche, sondern auch katholische Polen zu beklagen wußten. Auch bei dem großen Kirchenkonzert am Totensonntag traten die sonst sehr achtbaren Pferdekrafte mit der eblernen Musik des Meisters Johann Sebastian Bach in unliebsame Konkurrenz.

Bei Beginn der festlichen Hälfte des Kirchenjahres führen wir uns verpflichtet, die Augen eines hohen Magistrats auf diese unhaltbaren Mißstände hinzuweisen. Die End- und Ausgangshaltestelle der Kraftwagen muß unverzüglich aus der Kirchennähe verlegt werden. Da wir den guten Willen für diese Tat voraussetzen möchten, wird sich schon ein geeigneter Platz finden lassen. Wir erlauben uns dafür z. B. den sogenannten „Hempelschen Hof“ in Vorschlag zu bringen, der an der Ecke der Wilhelm- und Kaiserstraße (Jagiellońska bzw. Bernardynska) liegend, im städtischen Eigentum steht und Raum genug für den ganzen Bahnhof bietet. Kein Straßenverkehr wird behindert, kein Gottesdienst und keine Säuglings-Klinik. Garnisonlazarett und Florian-Stift liegen zwar in der Nähe, aber nicht so nahe, wie die oben genannten Gebäude am Hann von Weyhern-Platz (Plac Roscielecki). Man kann sehr leicht feststellen, ob die Kranken Soldaten, oder die Patienten im Florian-Stift durch die Autobusse im „Hempelschen Hof“ gestört werden. Sollte das der Fall sein, dann muß man ein anderes Grundstück suchen. Bei einem günstigeren Ergebnis dieser notwendigen Untersuchung würde man zweckentsprechend von dem besagten Hof aus noch einen zweiten bzw. dritten Ausgang nach der Alexanderstraße (Sm. Florjana) oder der Kaiserstraße (Bernardynska) schaffen, um den Verkehr nach allen Richtungen hin zu erleichtern. Eine Erleichterung für den Zubringerverkehr wurde auch der Umstand bedeuten, daß der vorgeschlagene Platz für die Haltestelle von einer Straßenbahnlinie berührt wird, während das für den Hann von Weyhern-Platz (Plac Roscielecki) bekanntlich nicht zutrifft.

Das Abwägen des Für und Wider ist Sache der Stadtverwaltung, von der wir eine beschleunigte Änderung des unhaltbaren Provisoriums erbitten. Welchen Platz man auch wählen mag, aus der Kirchennähe müssen die Autobusse mit ihrem machtvollen Getöse fortbewegt werden. Dort können höchstens, wie vor der Marienkirche, die kleinen Personenwagen geduldet werden.

§ Fahrplan-Änderungen. Mit Gültigkeit vom 1. Dezember ist der Fahrplan der Züge 2426 (Strecke Mogilno—Inowroclaw) und 2425 (Strecke Inowroclaw—Kruschwitz) wie folgt geändert worden: Zug 2426 erhält folgenden Fahrplan: Mogilno ab 10.34 abends, Runowo an 10.45,

ab 10.46, Strelno an 10.57, ab 11.04, Mlyn an 11.10, ob 11.11, Bronowo an 11.16, ab 11.17, Goplo an 11.25, ab 11.26, Pachmirowice an 11.32, ab 11.33, Racice an 11.37, ab 11.38, Polanowice an 11.41, ab 11.42, Kruschwitz an 11.48, ab 11.50, Rożniaty an 11.56, ab 11.57, Matwy an 12.01, ab 12.05, Inowroclaw an 12.14 nachts. Zug Nr. 2425: Inowroclaw ab 9.51 abends, Matwy an 9.59, ab 10.00, Rożniaty an 10.08, ab 10.09, Kruschwitz an 10.14, ab 10.16. Der weitere Fahrplan bleibt unverändert.

§ Der Pferde- und Viehmarkt, der für Montag, den 7. Dezember beim Städtischen Schlachthof angelegt ist, beginnt um 8 Uhr morgens, und nicht, wie irrtümlich angegeben, um 8 Uhr abends.

§ Wie Schwindler zu Gelde kommen. Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichtes hatte sich der 28-jährige Kaufmann Anton Leske aus Gnesen wegen Betruges zu verantworten. Er verstand es, auf ganz raffinierte Weise seine Mitmenschen hereinzulegen. Im Mai v. J. inserierte er in der polnischen Presse, daß er Darlehen auf Grundstücke zu vergeben habe. Auf dieses Inserat meldete sich u. a. Frau Marianna Staszak, Besitzerin einer 60 Morgen großen Landwirtschaft. Er war auch sofort bereit, Frau St. 20 000 Zloty zu leihen, verlangte jedoch vorher Eintragung der Summe im Grundbuch. Nach der Eintragung bat er Frau St. dann um Ausfertigung eines Hypothekenbriefes, den er angeblich zur Flüssigmachung des Geldes benötigte. St., die vertrauenselig genug war, den Hypothekenbrief auszuhändigen, wartete vergeblich auf das versprochene Darlehen. Einmal im Besitz des Hypothekenbriefes, fuhr der findige Finanzmann nach Posen, wo es ihm in kurzer Zeit gelang, gegen Verpfändung desselben 12 000 Zloty zu erschwindeln. Außerdem hatte er dem Geldgeber eigene Wechsel in der gleichen Höhe ausgestellt. Frau St. war nicht wenig erstaunt, als sie eines Tages von einem Unbekannten aus Posen einen Brief erhielt, worin ihr dieser die freundliche Mitteilung machte, daß er Besitzer der auf ihrem Grundstück eingetragenen Hypothek sei. Gleichzeitig ersuchte der Unbekannte um umgehende Überweisung der fälligen Zinsen. Der ganze Schwindel kam nun ans Tageslicht. Es stellte sich heraus, daß er die 12 000 Zloty, die nur auf drei Monate geliehen waren, nicht zurückgezahlt hatte. Die Wechsel hatte er gleichfalls zu Protokoll gehen lassen. Der Angeklagte bekennt sich nicht zur Schuld und behauptet, daß er seinen Verpflichtungen gegen Frau St. und gegen den Posener Geldgeber nachgekommen sei. Durch die Zeugenangaben wird er jedoch des Betruges überführt, den dann das Gericht auch zu zwei Jahren Zuchthaus und Tragung der Gerichtskosten, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren verurteilt.

§ Wegen Straßenräubers hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichtes der 17-jährige Arbeiter Anton Gich aus Bromberg zu verantworten. Am 16. Oktober d. J. näherte er sich auf der Jordaner Chaussee einem jungen Mädchen, schlug ihm hinterköhlig mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf und raubte demselben eine Handtasche mit 45 Groschen Inhalt. Einige Tage später überfiel er in der Thornerstraße die Frau Stanisława Spalona, begann sie zu mörtern und entriß ihr die Handtasche, in der sich drei Zloty befanden. Der jugendliche Straßenräuber gestand unter dauerndem lautem Weinen vor Gericht seine Schuld ein. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus.

§ Diebe vor Gericht. Der 24-jährige Chauffeur Piotr Skrzypczak aus Jerzymanowice, Kr. Olsztyn, und der 38-jährige Arbeiter Josef Demkowicz aus Bromberg, sind wegen Diebstahls, begangen in zwei Fällen, angeklagt. In der Nacht zum 7. Juni d. J. drangen die Angeklagten in Trichin, Kr. Bromberg, nach Eindringen der Fensterscheiben, gewaltsam in die Wohnung des Landwirts Patoja ein und stahlen Garderobe, Leib- und Tischwäsche im Gesamtwert von 900 Zloty. Am darauffolgenden Tage entwendeten sie auf dem Bahnhof in Maxial aus dem Wartesaal IV. Klasse dem Kaufmann Deitelzweig einen Koffer, in dem sich Anzugstoffe im Werte von 1000 Zloty befanden. Die Angeklagten sind geständig und wurden vom Gericht zu folgenden Strafen verurteilt: D., der bereits viermal vorbestraft ist, zu 1½ Jahren, S. zu sechs Monaten Gefängnis. — Der 21-jährige Arbeiter Bronisław Olszewski aus Pruska, Kr. Wirsitz, ist wegen Diebstahls angeklagt. D. stahl am 14. Oktober d. J. dem Landwirt Emil Jeske 50 Kilogramm Roggen und 18 Hühner. Der Angeklagte ist geständig, gibt jedoch an, daß sämtliche 18 Hühner bereits von einem Hunde totgebissen waren. Das Gericht schenkte diesen Angaben wenig Glauben und verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis.

Vereine, Veranstaltungen etc.

D. G. f. R. u. M. Heute (Freitag), abends 9 Uhr, im Abteil: Brüder-Greulich-Trio. Am Samstag: Elisabeth-Großmann-Altpfel-Berlin. Der Reinertrag des Abends ist für die Winterhilfe an Arbeitslosen bestimmt. Eintrittskarten in der Buchhandl. E. Pecht Nachf. und an der Abendkasse. (11089)

* Kruschwitz (Kruszwice), 3. Dezember. Am Donnerstag, dem 10. Dezember, findet hier selbst ein Vieh- und Pferdemarkt statt, zu welchem der Antrieb von Horn- und Kleinvieh gestattet ist.

v. Argenau (Gniwkowo), 3. Dezember. Auf dem heutigen Wochenmarkt zahlte man für Landbutter 1.00—1.80, und Eier 2.40—2.60, Abfahrferkel brachten 15—20 das Paar und Verkaufsschweine 30—35 das Stück. — Das Fest der goldenen Hochzeit feierte dieser Tage der Rentier Friedrich Ringst mit seiner Gattin in Rakendorf. Aus diesem Anlaß wurden dem Jubelpaar zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil.

z. Inowroclaw, 3. Dezember. Vor der Strafkammer hatte sich der Hausbesitzer Stanisław Wlasczynski zu verantworten, der der Brandstiftung angeklagt war. In der Nacht zum 20. Juli d. J. entstand gegen 3 Uhr morgens in dem Hause des Angeklagten, welches mit 28 500 Zloty versichert ist, in einem Zimmer, das neben seinem Wohnräumen liegt, aber seit einigen Wochen unbewohnt war, ein Feuer, das jedoch von den Hausbewohnern rechtzeitig bemerkt und gelöscht werden konnte, so daß nur ein Teil des Fußbodens und der Decke beschädigt wurde. Der Angeklagte bestreitet seine Schuld und gibt an, daß er in dem betreffenden Zimmer Malergeräte, Farben und Firnis aufbewahrt, am Tage vorher war in dem dort stehenden eisernen Ofen Feuer gewesen und können nur Kohlen herausgefallen sein, die das Feuer verursacht haben müssen. Das Gericht sprach daraufhin den Angeklagten wegen mangelnder

Reger-Seife

wird nicht parfümiert sie hat somit ihren natürlichen angenehmen seifengeruch, die zu verarbeitenden rohmateriale sind dert erstklassig, dass eine parfümierung sich erübrigt.



Beweise frei. — Unter dem Verdacht, verschiedene Diebstähle ausgeführt zu haben, wurden von der Polizei sieben hiesige Einwohner festgenommen. — In der am Mittwoch stattgefundenen Monatsitzung des Landm. Vereins „Kujawien“ hielt Gartenbirektor Reikert einen Vortrag über die bestmögliche Ausnutzung des Gartens beim Groß- und Kleinbesitz. Der Redner gab eine Reihe vorzüglicher Ratschläge, die von den zahlreich erschienenen Mitgliedern mit großem Interesse aufgenommen wurden.

O Samotichin, Kreis Kolmar, 3. Dezember. Auf frischer Tat beim Heubdiebstahl ertappt wurden der Pächter Kaszmarek aus Klothildenhof und Szlufarek aus Eppniewo. Selbstgefahren mit den Gepanzen auf die Regetwieser und luden einen Heuhaufen auf, welchen sie zum Samotichiner Bahnhof fuhrten, um ihn zu verkaufen. Sie wurden jedoch von der Polizei noch rechtzeitig erwisch und verhaftet.

O Mur. Goslin, 3. Dezember. Schwer bestohlen wurde des Nachts kürzlich der Besitzer K. O. P. Zwei Fahrräder sowie sämtliches Fleisch von zwei fetten Schweinen, außerdem eine große Menge Wäsche nahmen die Diebe mit. Dem Nachbar Gleiser stahlen wahrscheinlich dieselben Diebe acht fette Gänse.

§ Posen (Poznań), 3. Dezember. Ein „ärztlicher“ Gatte hatte sich in der Person des Stellmachers Stanisław Winiwicz wegen Mißhandlung seiner Ehefrau vor Gericht zu verantworten; neben ihm hatte sein Dienstmädchen Marie Luczak wegen Beihilfe Platz genommen. Die Ehefrau, die geistig nicht ganz normal ist, hatte unter den Mißhandlungen der beiden Angeklagten lange Zeit zu leiden; die kranke Frau wurde hinter Schloß und Riegel gehalten und aufs Grausamste mißhandelt. Die Zeugenvernehmung ergab, daß der Brotherr das Dienstmädchen zur Beteiligung an den Mißhandlungen beeinflusst hatte. Deshalb erkannte das Gericht auf Freisprechung der Luczak. Der schlagfertige Gemann wurde zu der milden Strafe von nur zwei Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. — Aus dem hiesigen Landgericht geflüchtet ist der hiesige Untersuchungsgefangene Józef Nowakowski, der sich zusammen mit einem Marjan Skawski vor der Strafkammer verantworten sollte, Skawski, der sich sehr renitent benahm und die Verhandlung störte, wurde auf Beschluß des Gerichtshofes aus dem Saale geführt. Diese Gelegenheit benutzte Nowakowski und ergriff die Flucht. Bisher konnte er noch nicht wieder gefaßt werden.

S. O. S.

Ein deutscher Dampfer gestrandet.

Stockholm, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutsche Dampfer „Mildburg“ ist bei der Insel Oland gestrandet. Zwei zur Hilfe herbeigeeilte schwedische Bergungsdampfer mußten die Rettungsarbeiten wegen des orkanartigen Sturmes einstellen. Als die beiden Bergungsdampfer die Bugstiertrassen gefasst und notgedrungen die „Mildburg“ verlassen hatten, gab der deutsche Dampfer dem Leuchtturm Grönhagen den Funkpruch um Hilfe, worauf ein Rettungsboot ausgesandt wurde. Die „Mildburg“ war zu dieser Zeit abermals auf Grund gestochen. Das Rettungsboot ist bisher noch nicht zurückgekehrt. Die Brandung hat sich nicht gelegt, so daß man ernste Besorgnisse um das Boot hat. Die letzten Mitteilungen der „Mildburg“ besagen, daß die eigenen Rettungsboote vernichtet seien. Die „Mildburg“ ist zwar mit Holz beladen, aber man hat wenig Hoffnung, daß das Boot, das ein großes Leck erhalten hat, sich schwimmend halten kann. Man befürchtet vielmehr, daß die Brandung das Schiff zerbricht und die Ladung weggetrieben wird. Besonders besorgt ist man um das Schicksal der 27 an Bord befindlichen Personen, da die Funkprüche plötzlich aufgehört haben.

Kleine Rundschau.

Fünf Tote

bei einem Eisenbahnunglück.

Auf der Strecke Brüssel—Antwerpen ereignete sich am Mittwoch ein schweres Eisenbahnunglück. Der Wiener Schnellzug fuhr auf einen anderen Zug, der von Brüssel kam, auf. Dabei stürzten drei Wagen des Brüsseler Zuges um. Fünf Tote, 17 Schwerverletzte und 80 Leichtverletzte werden gemeldet. Der Verkehr ist unterbrochen und wird über Pierre weitergeleitet.

Fünf Kinder ertranken.

London, 4. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der irischen Grafschaft Clare sind gestern fünf Kinder beim Spielen in einen Kanal gefallen und ertrunken.

Wasserstandsrichten.

Wa'er and der Weichte vom 4. Dezember 1931.

Ratkau — 2.60, Pawlisch + 1.87, Warchau + 0.97, Biele + 0.53, Thorn + 0.52, London + 0.82, Gaim + 0.67, Graudenz + 0.88, Rurzebrat + 1.16, Biele + 0.25, Dirschau + 0.28, Cimaage + 1.90, Schewenhorst + 2.16.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströb; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Gey; für Anzeigen und Blumen: Edmund Przegodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 281

Bromberg, Sonnabend den 5. Dezember 1931.

Bommerellen.

4. Dezember.

Graudenz (Grudziadz).

× Am Volkszählungstage (Mittwoch, 9. November) kein Wochenmarkt. Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß am Mittwoch, 9. d. M., mit Rücksicht auf die allgemeine Volkszählung kein Wochenmarkt stattfindet. Anstatt dessen wird der Wochenmarkt am nächsten Montag, 7. d. M., abgehalten werden.

× Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich kürzlich eine Angestellte des staatlichen Tabakmonopols namens Wanda Olsiewicz zu verantworten. Sie war beschuldigt, unter ihren Kollegen und Kolleginnen kommunistische Flugblätter verbreitet zu haben. Das Gericht gelangte nach durchgeführter Verhandlung zu einem verurteilenden Erkenntnis und setzte eine Gefängnisstrafe von acht Monaten fest.

× Ein Kasperle-Theater, das am Mittwoch nachmittag von 5 Uhr ab anlässlich der Handarbeits-Ausstellung im „Zivoli“-Saale stattfand, hatte die Kinderwelt in Scharen angelockt. Und was den Kleinen und Größeren der in seiner Phantasie schier unergründliche, blickdrollige Kasperle vor Augen führt, seine wunderbaren Abenteuer mit den puzigen Zwergen, dem grimmigen Krokodil und — natürlich! — dem schaurigen Höllenfürsten, das setzt, je nachdem, die dankbare Zuschauermenge in helles Entzücken, oder aber es erregt ihren begreiflichen Unwillen. Kurz: es war wieder einmal köstlich. Aber was für die Ausstellung die Hauptsache bedeutet: die mitgekommenen Großen zeigten den dort sich präsentierenden schönen Sachen lebhaftes Interesse und setzten dieses in bare Münze durch Erwerb so manchen Exemplars um. Zur Freude der Instellerinnen.

× Einbrecher drangen in der Nacht zum Donnerstag in der Culmerstraße (Chelmiska) in die Schuhfabrik von Adolf Domke ein. Die Täter haben sich durch Einschlagen eines Fensters zu dem Fabrikinnern Zutritt verschafft. Gestohlen wurden 26 Paar Schuhe im Werte von 350 Zloty. — In die Speisewirtschaft von Szandzikowski wurde am Mittwoch gegen Morgen mittels Aufschlagens der Tür eingedrungen. Die Täter durchsuchten alle Schubladen und Behälter und machten Zigaretten, Schokolade sowie Konserven, die sie aus der ebenfalls durchsuchten Küche entnahmen, zu ihrer Beute. Die gestohlenen Sachen haben einen Wert von etwa 100 Zloty. Den Einbrechern ist die Polizei bereits auf der Spur.

× Festgenommen wurden dem Polizeibericht zufolge vier Diebe, drei Betrunkene und ein Bettler, gemeldet zwei Personen wegen unterlassener Treppenbeleuchtung, eine wegen Ladenschließung nach der vorgeschriebenen Zeit und eine wegen Radfahrens bei Dunkelheit ohne Licht. Gestohlen worden ist aus der öffentlichen Telephonzelle auf dem Bahnhof eine kleine Kassette.

Thorn (Toruń).

× Die starke Eisschließung in den letzten Tagen hat einen erheblichen Rückgang des Wasserstandes bewirkt. Der Pegel zeigte Donnerstag früh eine Höhe von 0,77 Meter über Normal gegen 0,95 Meter am Vortage.

× Die neue Weichselbrücke über die Weichsel wurde kürzlich von den Stadtverordneten unter Führung des Stadtpräsidenten besichtigt, um sich — vor der Beschlußfassung über die Verkehrsregelung nach dem Hauptbahnhof — an Ort und Stelle mit dem Projekt einer neuen Straßenbahnlinie, die von der Stadt über die neue Brücke bis zu der Personenunterführung am Hauptbahnhof (Toruń-Przedmieście) führen soll, vertraut zu machen. Dieses Projekt soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Erörterung kommen.

× Für die Volkszählung, die bekanntlich am kommenden Mittwoch stattfindet, wurden für die Stadt Thorn 315 Zählungskommissare ernannt, so daß jeder Kommissar etwa 18 Personen zu registrieren haben wird. Außerdem sind 16 Oberkommissare ernannt, von denen jeder einen bestimmten Stadtabschnitt zur Bearbeitung erhalten hat. Für die Zählkommissare werden von Mittwoch bis Sonnabend einschließlich, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsraum besondere Kurse veranstaltet.

× Ständesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 22. bis 28. November gelangten auf dem Standesamt zur Anmeldung: 24 eheliche Geburten (13 Knaben und 11 Mädchen, darunter ein Zwillingsspärgchen), eine uneheliche und eine Totgeburt (Knaben). Die Zahl der Todesfälle betrug 18, darunter waren drei Kinder in den ersten beiden Lebensjahren und vier Personen über 70 Jahre. In demselben Zeitraum wurden 17 Eheschließungen vollzogen.

× In dem Schmuggel-Prozess gegen Kielpikowski und Joczynski, die in Deutschland eine größere Partie Tabakwaren gestohlen und auf einem gleichfalls gestohlenen Fuhrwerk nach Polen eingeschmuggelt hatten, fand am Montag die Fortsetzung der Verhandlung vor dem Bezirksgericht statt. Es wurden noch zwei Zeugen vernommen und dann die Beweisaufnahme geschlossen. Die Verkündung des Urteils erfolgte am Dienstag. Kielpikowski Sohn und Joczynski wurden zu je 3 Jahren Zuchthaus, Kielpikowski Vater zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Von einer Verurteilung auf Rückerstattung der hinterzogenen Zollsumme in Höhe von 41.600 Zloty wurde Abstand genommen, da das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß es eine Strafe nicht doppelt verhängen kann. — Wir hatten neulich über den Beginn dieses Prozesses berichtet und erwähnen noch, daß Kielpikowski Sohn in Gemeinshaft mit einem gewissen Krowiarz es war, der den Danziger Staatsanwaltschaften Greich bei Straßburg erschlagen hat und deswegen vorher zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

× Zeichen der Zeit. Hier in Thorn ist ein Wechsel der Krankenkasse der Stadt Plock (Kongregopolen) in Höhe von 1000 Zloty zu Protest gegangen.

× Eine unerwartete Aufklärung fand der Raub-überfall in der Wohnung des Eisenbahners Wamronski (nicht Wamronski, wie wir in unserer gestrigen Ausgabe berichteten). Der ganze Vorfall war aus irgend

welchen Gründen von der Ehefrau des Benannten erdacht. Diese wird sich jetzt wahrscheinlich wegen Irreführung der Polizei zu verantworten haben.

× Festgenommen wurden am Mittwoch je eine Person wegen fittlicher Verschlingungen und wegen Trunkenheit. — Zur Anmeldung bei der Polizei gelangten ein kleinerer Diebstahl, elf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und vier Verstöße gegen die Bestimmungen der Eisenbahn, ferner ein kleiner Brand, der nur wenig Schaden angerichtet hat.

× v. Podgorz bei Thorn, 3. Dezember. Hilfe für die Arbeitslosen. Während in der vergangenen Woche an die Arbeitslosen mit Familie je 4—5 Zentner Kohlen verteilt wurden, sollen in dieser Woche Lebensmittel ausgeteilt werden.

× h. Gornio (Górno), 2. Dezember. Ein Einbruchsdiebstahl wurde beim Landwirt Malinowski in Samin verübt. Die Diebe stahlen von seinem Speicher sechs Zentner Gerste im Werte von 75 Zloty. Der Polizei ist es gelungen, die Täter zu ermitteln. — Dem Landwirt Johann Pelkowski in Keshof (Kozary) wurden mittels Einbruchsdiebstahl drei Zentner Weizen gestohlen. Auch hier konnten die Diebe ermittelt werden.

× v. Karthaus (Kartuz), 3. Dezember. Der Magistrat gibt bekannt, daß der für den 9. Dezember d. J. angekündete Kram-, Vieh- und Pferdemarkt wegen der an diesem Tage stattfindenden Volkszählung auf Mittwoch, den 16. Dezember d. J., verlegt wird.

× Eban (Eubawa), 2. Dezember. An den Folgen eines Selbstmordversuchs verstarb, zwei Tage nach der Tat, der Anstiebler John Josef Komorowski aus Krotoszyn hiesigen Kreises. Er hatte sich erhängen wollen, wurde aber von seinem Vater im letzten Augenblick entdeckt und abgeschnitten. Eine erlittene Verletzung der Wirbelsäule führte dann den von ihm gewünschten Tod herbei. — Die Tötung des Arbeiters Bernard Kobaczewski, der am 25. v. M. durch den Landwirt Franzek Rutkowski in Senna hiesigen Kreises erschossen wurde, spielte sich den polizeilichen Ermittlungen gemäß wie folgt ab: Zwischen Rutkowski und seinem Arbeiter Kobaczewski war an dem kritischen Tage angeblich wegen Nichterledigung einer aufgetragenen Arbeit ein Streit entstanden, wobei Ru. den Ko. entließ. Der Wortwechsel wurde fortgesetzt und nun erhielt der Arbeiter einen Schlag von Ru. Der Bruder Felix des Geschlagenen sprang jetzt ein und schlug mit einer Mistgabel auf den Ru. ein. Der gerade zu Besuch bei Ru. weilende Leon Rifut aus Schwarzenau war Augenzeuge, als die Arbeiter auf Ru. losgingen und überredete ihn, sich durch Schießen zu wehren. Rutkowski folgte dem Rat, ging ins Haus und kehrte mit einem Revolver und einer Forke zurück. Der Streit brach von neuem los und nun schoß Ru. und traf seinen Gegner in den Bauch. Rutkowski und Rifut wurden verhaftet und vom hiesigen Burgergericht wurde die Untersuchungshaft über sie verhängt.

× p. Neustadt (Wejherowo), 3. Dezember. Der heutige Pferde- und Viehmarkt wies einen Auftrieb von etwa 70 Pferden und ca. 90 Rindern auf. Unter letzteren befanden sich nur recht wenige bessere Tiere; es waren meistens alte „Tanten“ in schlecht genährtem Zustande. Gefordert wurden 100—350 Zloty, Sterken sollten 100—200 Zl. kosten; es wurden nur einige Käufe getätigt. Abgearbeitete Pferde konnte man für 100—300 Zloty kaufen; auch hier war der Geschäftsgang sehr mäßig. — Verhaftet und dem hiesigen Gerichtsfängnis zugeführt wurden gestern der Landwirt Mischke und sein Sohn aus dem nahen Worle Abbau. Beide hatten aus dem staatlichen Forst Wiga, nördlich von Wejherowo, drei Kiefernstämme gestohlen. Der Förster Melzer kam ihnen auf die Spur und stellte den Diebstahl fest. Es kam zum scharfen Wortwechsel, wobei Vater und

Sohn in Wut gerieten und den Förster derart verletzten, daß er in hoffnungslosem Zustande hier ins Krankenhaus, dann aber in die Klinik nach Danzig gebracht wurde. — Beim Kiesabfahren zur Eisenbahn geriet der Arbeiter Josef Tczlaw aus Sclau in eine der Gruben bei Worle und wurde von im Augenblick abstürzenden Riesmassen verschüttet. Nach seinem Ausgraben war er bereits erstickt.

× Zempelburg (Sepolno), 3. Dezember. Die dem Besitzer Ernst Müller in Groß-Pöbburg Mitte vorigen Monats gestohlenen zwei Pferde im Werte von 500 Zloty sind dank der polizeilichen Nachforschungen jenseits der Grenze — in Schlochau — ermittelt worden. M. ist somit wieder in den Besitz seines Eigentums gelangt. — Wegen unerlaubten Jagarspiels in einem hiesigen Hotel, das ein gewisser Feldmann aus Waldau hiesigen Kreises arrangiert hatte, wurden mehrere Personen und auswärtige Händler polizeilicherseits ermittelt und das vorgefundene Geld beschlagnahmt.

Kleine Rundschau.

Rudolf Schiefl.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, ist im Alter von 58 Jahren Professor Rudolf Schiefl, der in ganz Deutschland bekannte Maler und Graphiker, gestorben.

Rudolf Schiefl, ein Bruder des in München lebenden Malers Matthäus Schiefl, wurde am 8. August 1875 in Würzburg geboren. Sein Vater stammte aus Tirol, hatte als Meister den väterlichen Hof übernehmen sollen, war aber Bildhauer geworden und dann zuerst ins Salzburgerische, dann nach Würzburg gezogen. Der Sohn arbeitete zunächst in der väterlichen Werkstatt, brachte aber schon damals von seinen Wanderungen ins Maintal Skizzen und Zeichnungen nach Hause und beachtete schließlich die Münchener Akademie. Er arbeitete dann ein halbes Jahr in einer Glasmalerei in Innsbruck und wanderte viel in Italien. Im Jahre 1910 wurde Schiefl als Professor für Graphik an die Kunstgewerbeschule in Nürnberg gerufen. Mit seinen Ausstellungen im Münchener Glaspalast hat Schiefl durchschlagende Erfolge erzielt. Eines seiner letzten und schönsten Werke ist dem Münchener Brand im Mai dieses Jahres zum Opfer gefallen.

Schiefls Kunst ist Millionen von Kriegsteilnehmern bekannt geworden durch seine Zeichnungen in der Völkerrkriegszeitung, von denen als die schönsten seine Volkslied-Illustrationen gelten. Die ganze Sammlung sollte veröffentlicht werden, ist dann aber beim Rückzug zum großen Teile verloren gegangen. Schiefl näherte sich in seiner Malweise den Formen der einfachen Bauernkunst, er lebte durchaus im Volkstümlichen und stand, wie Leo Weismantel in seiner Monographie über Rudolf Schiefl gesagt hat, „der Gedärde unserer Zeit fern“. In jüngerer Zeit jedoch, wo eine neue Liebe und ein neues Verständnis für die einfachen Formen der altdeutschen Malerei entstehen, werden die Werke Schiefls wegen ihrer gläubigen Beschaulichkeit, wegen ihres echten Naturgesühls und wegen ihrer klaren Sammlung eine nachdrückliche, wenn auch stille Begeisterung finden. Aus den Titeln seiner Bilder erfährt man am besten den Lebenskreis dieses Künstlers, der den gläubigen Kräften des Bauerntums zugewandt war, wie seine Bilder „Maria an der Wiege“, „Das wandernde Gnadenbild“ und „Die Anbetung der Hirten“ beweisen, aber vor allem auch der Märchenwelt und der Kultur der Kleinstadt huldigte: „Die Prinzessin und der Schweinehirt“, „Die Schilbbürger“ und „Till Eulenspiegel“.

Radiobestiger

Finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in den Zeitungskritiken zu haben? Fernidee auch Radiosacke Emmerico 2. (1945 „Der Empfänger“ (Nr. 70 Gr.). „Europahunde“, „Kunstpost“ u. a.

Thorn.

Anzeigen - Aufträge

für die am

Donnerstag, dem 10. Dezember d. Js.,

zur Ausgabe kommende

Thorner

Weihnachts-Propagandanummer

der

„Deutschen Rundschau“

nimmt bis zum 7. Dezember d. Js. entgegen

Justus Wallis, Toruń,

ulica Szeroka 34.

10062

Fleischhack- u. Wurststopf-Maschinen



Falajski & Radaike, Toruń
Nowy Rynek 10 Tel. 561. Nowy Rynek 10

„Montblanc“ Goldfüllhalter

Der Qualitäts-Füllhalter mit 14-kar. Goldfeder in allen Spitzenbreiten zu haben bei

Justus Wallis,
Papierhandlung, Bürobedarf, Toruń.

Täglich frische Vollmilch

liefert frei Haus
Gutsverwaltung 10808
Przemil Wiesenbura
b. Thorn Tel. Toruń 313

Damenkorsetts u. Leibbinden wird repariert.
Strumysłowa 10, Ho-
vatterte, Tobolska, 10.

Kleider u. Mäntel

werden angefertigt aus:
Mielniczka 38, III.

Verband deutscher Katholiken in Polen

Ortsgruppe Toruń.

Am Sonntag, dem 6. d. Mts. veranstalten wir im Saale des „Deutschen Heims“ einen

gemütlichen Nachmittags

mit reichhaltigem Programm

unt. gültig. Mitwirkung der Heilmalerei.

Beginn nachmittags 3 Uhr. Eintritt für Erwachsene 21. — für Kinder 50 Groschen.

Um recht zahlreiche Beteiligung aller deutschen Kreise bittet

11057 Der Vorstand.

Graudenz.

Männer-Gesangsverein

Liedertafel Graudenz.

Sonnabend, d. 12. Dezember 1931, abds. 8 Uhr

findet unsere diesjährige

Hauptversammlung

im Gemeindehause statt.

Tagesordnung nach den Satzungen.

Anträge sind schriftlich bis zum 10. 12. 1931

an den unterzeichneten Vorsitzenden einzu-

reichen.

J. A.: Franz Welke.

Die 10042

schönsten Dauer- und Wassertellen

im 10043

„Sigaret“, Nr. 14.

Kirchl. Nachrichten

Sonntag, d. 6. Dezbr. 1931

(2. Advent.)

Stadtmision Gra-

denz, Opatowska 9—11

Bormitt. 10 Uhr Morgens

an acht 10 Uhr Gottesd.

in Drapach, nachm. 2 Uhr

Musikstunde, Dienst. 4 Uhr

Kinderkatech. ab. 1/3 Uhr

Gefangene, Mittwoch,

6 Uhr Andacht in Weburg.

Donnerstag, nachm. 3 Uhr

Andacht in Dubielno, ab.

1/3 Uhr Bibelstunde, Freitag,

nachm. 3 Uhr Andacht in

Albinen, ebenso 1/3 Uhr

Gitarrenklub Graudenz.

Rheinsberg. Bormitt.

9 1/2 Uhr Vortragsstunde.

Die Not der Danziger Landwirtschaft.

Die Regierung erklärt . . .

Danzig, 2. Dezember 1931.

Die heutige Sitzung des Danziger Volkstages war beherrscht von zwei Anfragen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen über den „Zusammenbruch der Danziger Landwirtschaft“ und Hilfsmaßnahmen. Namens der Nationalsozialisten gab Abg. Malisch eine längere Erklärung ab. Er behauptete, daß es sich bei der landwirtschaftlichen Not nicht nur um eine vorübergehende Krise, sondern um den „Zusammenbruch eines ganzen funktionsunfähig gewordenen Wirtschaftssystems“ handle. Unter dem Druck der Finanzsanierung und der außenpolitischen Fragen sei die dringend notwendige Hilfe für die Landwirtschaft zurückgestellt worden. Aber das habe zu nicht wiedergutzumachenden Versäumnissen geführt. Leider seien die landwirtschaftlichen Kredit-Institute nicht willens gewesen, den Umfang der landwirtschaftlichen Krise in vollem Umfange anzuerkennen. Er fordert von der Regierung sofortige und durchgreifende Maßnahmen zur Preisbeilegung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, zur Ausgabenreduzierung und zum Schutz der zahlreichen zusammengebrochenen Betriebe. Der unerträgliche

Doppelbruch der polnischen Marktlüberschwemmung

und des Weltmarktes könne zwar nicht voll beseitigt werden, aber es müßten Maßnahmen möglich sein, die dem Anspruch der Danziger Landwirtschaft wenigstens in beschränktem Maße gerecht würden, die Versorgung Danzigs zu übernehmen. Unbedingt verringert werden müsse die große Preisspanne zwischen Produktions- und Konsumentenpreis. In Angriff genommen werden müsse

eine staatliche Zinsenkungsaktion.

Vor formalrechtlich begründeten Zinsansprüchen dürfe nicht halt gemacht werden. Es dürfe in dieser Notzeit keine bevorrechtigten Befreiungen geben, die vor gerechten Opfern für die Allgemeinheit sichergestellt seien. Die landwirtschaftlichen Betriebe müßten gegen den Zugriff der Gläubiger im Interesse der Gesamtwirtschaft geschützt werden. Hand in Hand damit müsse eine Entschuldigungsaktion gehen. Mit entschlossenen Maßnahmen müsse über entgegenstehende Bedenken hinweggegangen werden. Ein Ausgleich der entstehenden Gläubiger- und Schuldner-Interessen müsse sich finden lassen. „Zeiten der Änderung wirtschaftlicher Systeme haben mit Notwendigkeit vorübergehend den Zustand gewisser Einschränkungen der Rechtssicherheit zur Folge.“

Auch der deutschnationale Abg. Dyd sprach von dem falschen System, das uns beherrscht.

Er verlangte rücksichtslosen Abbau des staatlichen Apparates und den Abbau der Spitzengehälter in Staat und Privatindustrie. Das Beispiel des freiwilligen Verzichtes des Präsidenten Ziemski, der sein Gehalt von 3600 Gulden auf 1500 Gulden monatlich heruntersetzte, habe leider noch keine Nachahmung gefunden. Die Zinslasten müßten herunter, die Erhebung von Wuchergeldern unter strenge Strafe gestellt werden. Hindernd auf dem Wege, den Arbeiter Lohn und Brot zu erhalten, ständen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Die sozialen Lasten könnten in der bisherigen Höhe nicht weiter getragen werden. Den landwirtschaftlichen Betrieben müsse ein Vollstreckungsschutz zuteil werden.

Hierauf ergriß Innensenator Hinz das Wort zu einer ausführlichen

Kindlicher Lärm.

Wie der „Kurier Kurjer Codzienny“ aus Lemberg meldet, wurde in Winniki bei Lemberg der angeblich deutsche Staatsangehörige ukrainischer Nationalität, Leo Bartosch, griechisch-katholischer Religion aus Hindenburg in West-Oberschlesien verhaftet. Bartosch soll die Legitimation eines Mitgliedes der Hitler-Organisation besitzen und derselben Quelle zufolge von den deutschen Behörden einen Passierschein zur Überschreitung der deutsch-polnischen Grenze erhalten haben. (Warum auch nicht?) Aus den bei ihm vorgefundenen Papieren soll hervorgehen, daß er von der Nationalsozialistischen Organisation nach Ostgalizien entsandt wurde, um die Stimmung unter den dort wohnenden deutschen Kolonisten und unter den Ukrainern zu ermitteln. (Ist das verboten?) D. N. Man rechnet es ihm als ein Verbrechen an, daß er dem Lehrer einer evangelischen Privatschule, ferner anderen Deutschen und Ukrainern Besuche abgestattet hat. (In Sowjetrußland sollen Besuche von Ausländern gefährlich sein!) D. N.)

Bartosch wird sich nach dem „Kurier Kurjer Codzienny“ in erster Linie wegen illegalen Aufenthalts in Polen zu verantworten haben, da der deutsche Passierschein lediglich bis Katowice Gültigkeit hatte.

Das ist schon eine schauerliche gefährliche Sache! Hitler steht vor den Toren und schickt Patrouillen aus...? Wahrscheinlich hat der geheimnisvolle Bartosch nur seine Heimat besuchen wollen.

„Das ist Polen!“

Unter dem Titel „Polenfeindliche Schriften im Auslande“ schreibt der „Kurier Kurjer Codzienny“:

Im Verlage von Georg Müller in München ist ein Buch unter dem Titel „Das ist Polen!“ erschienen, das den früheren Korrespondenten und Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“ Dr. W. von Derksen zum Verfasser hat. Von Derksen wohnte längere Zeit in Polen und schrieb damals Korrespondenzen, die in ziemlich objektivem und gemäßigtem Tone gehalten waren. Sein jetziges Buch, das nach seiner Rückkehr nach Deutschland geschrieben ist, ist wohl die schädlichste polenfeindliche Veröffentlichung, die jemals im Auslande erschienen ist. Sie ist voll der schärfsten Vorwürfe und Anklagen bezüglich der Verhältnisse in Polen, wobei der Verfasser besonders eingehend die Frage des Verschwindens des Generals Zagorski,

Regierungserklärung.

in der gesagt wurde, daß die Notlage der Landwirtschaft so außerordentlich groß sei, wie sie im Laufe des letzten Jahrhunderts kaum zu verzeichnen gewesen sei. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe sei ohne hinreichende Betriebsmittel. Von Woche zu Woche mehre sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die zum Erliegen kommen. Der beispiellose Sturz aller landwirtschaftlichen Werte habe zu einer Überflutung der Grundstücke geführt, so daß sich keine Käufer und Kreditgeber finden, die darin eine Sicherung für die Anlage ihres Geldes sehen. Die Ursachen des katastrophalen Niederganges der Danziger Landwirtschaft seien neben dem allgemeinen Preisrückgang, dem hohen Zinsendienst, der Überlastung mit Steuern und Abgaben, der außerordentlich schlechten Ernte dieses Jahres, auch zu suchen.

„In der Tatsache, daß das Danziger Staatsgebiet in das polnische Zollgebiet eingeschlossen ist und die freie Stadt nicht die Möglichkeit hat, selbst ihre Landwirtschaft durch Zölle zu schützen und in den namentlich bei Berücksichtigung der polnischen Konkurrenz außerordentlich hohen Gefährdungskosten der Danziger Landwirtschaft.“

Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft sei von ausschlaggebender Bedeutung für die Erhaltung des Danziger Staatswesens. Der Staat helfe sich selber, wenn er der Landwirtschaft helfe.

Der Senator schloß dann alle die zahlreichen Maßnahmen auf, die die Regierung zugunsten der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiet getroffen hat oder durch Einführung der sozialen Lasten, durch Pachtermäßigungen, durch Erlasse gegen die Zwangsvollstreckungen, auf dem Gebiete der Landwirtschaft usw. Zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte habe der Senat drei Handelsklassen-gesetze und das Milchgesetz erlassen und erhebliche Garantien für den Verkauf von Herdbuchvieh (an Rußland) übernommen. Unmittelbar bevor stehe eine Verordnung, die die Landwirtschaft unter den Schutz eines besonderen Verfahrens stelle mit dem Zweck, daß während seiner Dauer Einzelvollstreckungen in landwirtschaftlichen Betrieben weder von den Real- noch den Personalgläubigern stattfinden sollen und Zeit gewonnen wird, um die Betriebe bis zur nächsten Ernte zu erhalten und Mittel für eine Sanierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu beschaffen. Die Regierung sei darüber hinaus bestrebt gewesen, die Staatssteuerlast allgemein erträglich zu machen. Natürlich brauchten die Maßnahmen zur Auswirkung Zeit. Eine staatliche Zinsenkungsaktion sei nur mit Aufwendung staatlicher Mittel möglich. Gefechtsverträge Eingriffe in das Kapital- und Kreditwesen würden schweren Schaden verursachen und müßten deshalb zurückgewiesen werden.

Bei der Besprechung sagte der Nationalsozialist Greiser: Solange die politischen Verträge (Verfallens-Diktat, Pariser Konvention und Warschauer Abkommen) nicht revidiert seien, gäbe es keine durchgreifende Hilfe für die Landwirtschaft. Heute sei Danzig nur ein Völkerbund-vassallen- und Sklavenstaat. Danzig müsse sobald als möglich als Freistaat aufhören zu existieren und zu Deutschland zurückkehren.

Abg. Czarnowski (Pole): „Wissen Sie, daß das Staatsverrat ist?“

Es sprachen noch Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums. Dann wurde Schluß der Debatte beantragt und das Haus auf den 5. Januar vertagt.

Brest, die Pazifizierung von Ostgalizien, die Ereignisse in Oberschlesien usw. behandelt. Das Buch ist um so schädlicher als der Verfasser mit großem schriftstellerischen Talent schreibt und in geschickter Weise die wahren Tatsachen von den Fiktionen und Verdrrehungen unterscheidet. Das Buch ist schon in der Auslandspresse vielfach besprochen worden; neuerdings ist sein Erscheinen in englischer Sprache angekündigt. (An dem Buch „Das ist Polen!“ ist besonders der Umstand interessant, daß sein Verfasser sich stets mit besonderer auffällender Wärme für eine deutsch-polnische Verständigung eingesetzt hat! D. N.)

Polenfeindliche literarische Erscheinungen werden im Auslande immer häufiger im Zusammenhang mit den Vorfällen in den letzten Monaten. Hierher gehören u. a. die englische Erzählung „The governor of Katowice“ von Duffin, das französische Buch „En Pologne pendant les elections de 1930“ und ein italienisches Buch von Santori. Die Auslandspresse ist darüber hinaus voll von Artikeln über die Verhältnisse in Polen. So bringt die gestrige „Völkische Zeitung“ einen längeren Artikel über den Prozeß der Brester Häftlinge, dessen Inhalt wir mit Rücksicht auf die Zensur nicht mitteilen können.

Rundschau des Staatsbürgers.

Der Pensionsbezug der älteren geistigen Arbeiter

Bekanntlich wurden mit dem 1. Januar 1928 sämtliche geistigen Angestellten zwangsversichert, da von diesem Tage ab das Gesetz über die Versicherung der geistigen Arbeiter ins Leben getreten war. Unter den geistigen Arbeitern befindet sich eine erhebliche Zahl von älteren Angestellten, die schon seit langer Zeit ohne Unterbrechung tätig sind. Gerade diese Angestellten, die erst mit dem 1. Januar 1928 versichert wurden, können für den Fall der Arbeitslosigkeit aus der Versicherungsanstalt Renten beziehen, doch ist es zweifelhaft, ob sie, trotzdem sie viele Jahre hindurch ihre Beiträge gezahlt haben, das Recht auf eine Pension erlangen. Das Gesetz über die Versicherung der geistigen Arbeiter sieht vor, daß die Pension erst nach dem beendeten 60. Lebensjahre des Arbeitnehmers zahlbar ist, jedoch nur im Falle einer bestimmten Zahl von Versicherungsjahren. In der Praxis also hat sich das bisherige Versicherungssystem

Blut-, Gicht- und Nervenkrankheiten erreichen durch den Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers geordnete Verdauungsverhältnisse. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (10725)

als unvollkommen erwiesen; ein älterer Angestellter würde, falls ihm sein Alter nicht gestatten würde, weiterzuarbeiten, die eingezahlten Beiträge verlieren, während er, wenn er dieselben Beiträge in die Sparkasse eingezahlt hätte, eventuell einen Betrag für sein Alter hätte erlangen können.

Von den geistigen Arbeitern wurde diese Frage sehr öfter aufgeworfen, und die Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter hat den Grundsatz des „Auskaufs der Jahre“ eingeführt. Dieser Grundsatz beruht darauf, daß der Versicherte das Recht hat, außer dem gewöhnlichen laufenden Monatsbeitrag auch Beiträge für eine frühere Zeit zu zahlen, da er noch nicht versichert war. Die für die vergangene Zeit eingezahlten Beiträge werden auf die Pension angerechnet. Es hat sich aber herausgestellt, daß eine derartige Regelung dieser Angelegenheit die materiellen Möglichkeiten der einzelnen geistigen Arbeiter übersteigt. Eine ganze Reihe von Verbänden der geistigen Arbeiter hat daher eine energische Aktion sowohl in der Richtung der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter als auch im Arbeitsministerium eingeleitet, damit die Beiträge für die vergangenen Jahre auf ein Minimum herabgesetzt und, was das Wichtigste ist, in solche Raten zerlegt werden, daß alle Angestellten ohne eine übermäßige Belastung ihres Staats praktisch das Recht auf die Pension erlangen.

Nach den letzten Informationen der polnischen Presse haben die Bemühungen der Angestelltenverbände eine entsprechende Wirkung gehabt. Die Versicherungsanstalt für geistige Angestellte hat vom Arbeitsministerium die Weisung erhalten, das System des „Auskaufs der Jahre“ durch ältere Angestellte zu reformieren. Die Anstalt hat bereits ein neues Projekt des Systems ausgearbeitet, nach welchem die Versicherungsbeiträge für den „Auskauf der Jahre“ erhoben werden sollen. Das neue System soll in den nächsten Wochen in Kraft treten, wobei nicht allein die Art der Zahlung der Beiträge für die vergangenen Jahre erleichtert werden soll, sondern, was das Wichtigste ist, diese Beiträge in einem sehr bedeutenden Maße herabgesetzt werden sollen.

Ermäßigung der Wein- und Metsteuer.

Der „Dziennik Ustaw“ Nr. 103 vom 1. Dezember d. J. enthält eine Verordnung des Finanzministers vom 23. November 1931, nach welcher die im Gesetz vom 22. Oktober 1931 (Art. 2, Abs. 1) über die Besteuerung von Wein und Met angeführten Sätze der Konsumsteuer folgendermaßen herabgesetzt werden:

- a) für Tisch-Traubenweine, die bis zu 16 Proz. Alkohol enthalten, auf 0,90 Zloty für 1 Liter;
- b) für Rosinenweine auf 0,90 Zloty für 1 Liter;
- c) für Obstweine auf 0,50 Zloty für 1 Liter;
- d) für Met auf 0,20 Zloty für 1 Liter.

Die Verordnung ist mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 6. Dezember.

Königsbader-Hausen.

07.00: Vokalensemble. 08.55: Morgenfeier. 11.00: Eternitunde. 11.30: Von Leipzig: Bachkantate. 12.00: Schornhorst. 12.30: Von Berlin: Matinee. 13.45: Sportgespräche von Hans Friedrich Blum. 14.45: Von Berlin: Weihnachtslieder. 15.15: Maler als Bildhauer. Anschl.: Volkstümliches Orchesterkonzert. 18.25: Das Quintett (III). Vortrag: Klavierkonzert Mendelssohn Op. 25. 19.25: Reichsfeier: Reichsminister Dr. Brüning: Von der Verantwortung des Staatsbürgers. 19.40: Bauerngedichte. 20.00: A. d. Philharmonie, Berlin: Wiener Abend. 22.15-00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

07.00: Vokalensemble. 08.00: Chorchoral. 09.55: Was der Landwirt wissen muß! Landwirte, sorgt für gute Stallluft! 10.00: Co. Morgenfeier. 11.30: Von Leipzig: Bachkantate. 12.30: Emerich Kálmán-Stunde. 14.10: Die Regierung. Aus dem neuen Buch von B. Traven (Josef Bunge). 15.05: Zum Nikolausfest. Ein Spiel für Kinder. 15.45: Unterhaltungsmusik. 18.45: Wetter. Anschl.: Sportresultate. 18.55: Grenzland im Westen. 19.25: Von Berlin: Reichsfeier. Reichsminister Dr. Brüning spricht. 19.45: Von Langenberg: Reichsfeier. „Sigaros Hochzeit“. 23.35-00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Konzert. 08.00: Kath. Morgenfeier. 09.00: Morgenandacht. 11.30: Bachkantate. 15.45: Der Nikolaus kommt zu den Kindern. 16.15: Konzert. 18.15: Abendlieder. Vortrag von Vorlesung. Anschl.: Karl Mink. 19.40: Die Kirche in Jubelten. Hörbericht. 19.25: Von Berlin: Reichsfeier. Reichsminister Dr. Brüning spricht. 19.40: Von Berlin: Einführende Worte. 19.45: Von Langenberg: Reichsfeier. „Sigaros Hochzeit“. Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

12.15: Sinfonie-Konzert. 14.20: Kompositionen für vierhändige Klaviermusik. 15.00: Konzert. 16.20, 16.55: Schallplatten. 19.25: Schallplatten. 20.15: Volkstümliches Konzert. 23.00-24.00: Tanzmusik a. d. „Polonia-Palace-Hotel“.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Nr. 200. Auf Grund der Generalvollmacht können Sie mit dem Grundbuch machen, was Sie wollen; Sie können es verkaufen und Sie können sich selbst als Eigentümer desselben eintragen lassen. Eine Anfechtung ist wohl möglich aber schwer durchführbar, da Sie sich in der Hauptsache auf die Behauptung der Geschäftsunfähigkeit derjenigen stützen müßte, die diese Vollmacht erteilt haben. Das wäre aber schwer zu beweisen, da die fragliche Vollmacht vom Notar beurkundet und dabei diese Frage nachgeprüft werden müßte.

Nr. D. J. Grandenz. 1. Der Aufgebotsantrag ist nicht an das Grundbuchamt, sondern an das Amtsgericht zu richten. Der Antrag kann schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden. 2. Der schriftlich abgeschlossene Mietvertrag ist abgekauft und gilt nicht mehr. Wenn Sie ihn nicht durch einen schriftlichen Zusatz verlängern, so daß er für einen weiteren Zeitraum wieder ausbleibt, dann ist die Entziehung einer Stempelsteuer nicht nötig. Denn gestempelt werden nur Schriftstücke, wo kein Schriftstück besteht, besteht auch keine Stempelverpflichtung.

Nr. 101 Kornblume. Die Nummer Ihres Auslosungsrechtes ist am 12. Oktober nicht gezogen worden. „Gimmler 00“. 1. Da Sie die Zuweisung eines Anwalts auf Grund des Armenrechts nicht abgewarret, sondern von sich aus selbst zur Vertretung Ihrer Pflegebefohlenen einen Rechtsanwalt angenommen haben, sind Sie dem letzteren gegenüber für die Kosten haftbar. 2. Sie müßten einen Gewerbeschein (Patent), Kategorie V b, lösen. Der Preis beträgt 15 Zloty.

Der schlesische Monat.

Die polnischen Errungenschaften in Schlesien.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Aus Anlaß des „Schlesischen Propaganda-Monats“ brachte die halbamtliche „Gazeta Polska“ folgenden bezeichnenden Leitartikel:

„Der gegenwärtige Monat ist der schlesischen Propaganda gewidmet. Unwillkürlich entsteht die Frage, ob diese Propaganda nötig ist. Sollte doch die Tatsache selbst, daß die deutschen Suggestionen auf dem internationalen Terrain, Schlesiens werde unter der polnischen Herrschaft geradenwegs dem Ruin entgegen gehen, sich nicht erfüllt haben, jede Propaganda überflüssig machen.“

„Und doch sind wir im schwindelerregenden Wirbel der Alltätigkeit nicht fähig zur objektiven Betrachtung nicht nur des Ergebnisses unserer eigenen Arbeit, geschweige denn der Dimensionen großer politischer Prozesse. Daher sind wir den Organisatoren des schlesischen Propaganda-Monats Dankbarkeit dafür schuldig, daß sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns für einen Moment von der Alltätigkeit abzuwenden und mit einem großen Überblick die tiefen Umgestaltungen zu umfassen, welche im schlesischen Lande im Laufe von kaum zehn Jahren seiner Einverleibung in die Republik erfolgt sind.“

„Um das Riesenmaß der polnischen Errungenschaften in Schlesiens zu verstehen, muß man sich ein Bild davon ins Gedächtnis rufen, was wir in dieser Provinz im Jahre 1922 im Momente der Übernahme derselben in den Besitz des Polnischen Staates angetroffen hatten.“

„Das Polen durch die Entscheidung der Völkerverkonferenz vom 20. Oktober 1920 anerkannte Land stellt hinsichtlich seiner Grenzen ein noch nirgends vorgekommenes Monstrum (dziwoląg) dar. Es wurde durch einen Kordon genau in der Mitte geteilt, wodurch die nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Zusammenhänge zerrissen worden sind. Die Grenzlinie durchschneidet das ganze Verkehrsnetz, welches an die Bedürfnisse des Deutschen Reiches angepaßt war. Infolgedessen blieb Schlesiens am Rande Polens hängen, mit letzterem kaum durch eine einzige Bahnlinie verbunden, und wurde außerdem durch die Eintreibung des Beuthener Reises in zwei Gebiete: ein nördliches und ein südliches geteilt, welche miteinander keine Verbindung hatten.“

best. In den letzten Jahren ist auch die Verbindung Oberschlesiens mit dem Fescherer Schlesiens und den schlesischen Besitzern hergestellt worden. Die Ergänzung des Eisenbahnsystems bildet der Anschluß des Netzes der Elektrischen Straßenbahnen in Oberschlesien an das des Dombromauer Reviere, sowie der Ausbau der Straßen, wofür während der polnischen Herrschaft über 50 Millionen Zloty ausgegeben wurden.“

„Die wertvollsten Errungenschaften sind auf dem Gebiete der Industrie zu verzeichnen, die man allgemein als eine uneinnehmbare Festung des Deutschtums betrachtet hatte. Das vom künstlichen Druck befreite polnische wirtschaftliche Leben umfaßt — trotz des Widerstandes — Fabriken, Glanzwerke, Bergwerke und vermindert — o Wunder — von Jahr zu Jahr das Prozent der deutschen Kapitalien in der Industrie. Diese Ergebnisse ergänzt die Realisierung der Agrarreform. Verschwunden sind schon die erbschaftlichen Riesenlücken im Fescheren Gebiet, parzelliert wurden viele Vorwerke des Fürsten von Pleß und anderer schlesischer Magnaten. Überhaupt macht auf dem am schwersten zu erobernden wirtschaftlichen Gebiete das Polentum beständige Fortschritte. Das deutsche Kapital und die deutsche Besitzerschaft heute nicht so sehr in der Defensivstellung, als vielmehr auf dem Rückzuge.“

„Im Zusammenhange mit der Besserung der Verkehrsbedingungen und der geänderten wirtschaftlichen Position Schlesiens, welches vorher ein zweitrangiges (??) deutsches Revier nun eine dominierende Stellung in Polen erlangt hat, ist eine elementare Entwicklung der Städte erfolgt. So ist z. B. Katowitz, das ein Städtchen mit 40 000 Einwohnern war, bis zu 132 000 Einwohnern, Königshütte bis 115 000 Einwohnern angewachsen. (Das läßt sich durch Eingemeindungen unschwer erreichen. D. Red.)“

„Die größten Errungenschaften wurden zu polnischer Zeit auf dem Gebiete des Bauwesens erzielt. Man kann sagen, daß die auf diesem Gebiete im Laufe der letzten Jahre ausgeführten Arbeiten das schlesische Landschaftsbild verändert haben. Das Aussehen der Städte wurde, anstatt wie früher, dunkel und düster zu sein, heller und fröhlicher, wie der polnischen Psyche mehr angepaßt. Es wurden beinahe 4000 Gebäude mit über 16 000 Wohnzimmern errichtet. Die Dimensionen des monumentalen Bauwesens können sogar Ausländern imponieren. Eine solche Anzahl von Amtsgebäuden und Schulen in solcher Qualität wurde während

räumen pflegen, wenn sie sich über ihre Wirtschaft in einem neuermworbenen Gebiete auszuweisen.“

Aber doch nicht ganz. In diesem Falle wird eine Leistung sehr stark hervorgehoben, die, wiewohl sie ganz hervorragend ist, anderswo vielleicht ganz verschwunden worden wäre. Es wird nämlich die Staatspolitik, besonders diejenige der letzten fünf Jahre, deswegen gerühmt, weil es ihr gelungen sei, in dieser kurzen Zeitpanne das deutsche Element in Oberschlesien in erstaunlichem Maße zu vermindern und es besonders auf dem Gebiete des Schulwesens gewaltig zurückzudrängen. Diese, das eigene Kraftbewußtsein verherrlichende Feststellung ist ein schöner Beweis des Willens zur Aufrichtigkeit, der an und für sich sympathisch berührt, wenn gleich sich der polnische Staatsbürger deutschen Volkstums dabei gedemütigt fühlt, was ihm aus höheren Staatsgründen eigentlich erspart werden sollte. Aber dieses Moment ist vielleicht nicht gar so wichtig. Wichtiger dürfte der Widerspruch sein, der zwischen dem Ausdruck der Befriedigung und des Stolzes wegen der glänzenden Resultate der Entdeutschungspolitik in Oberschlesien und der Haltung besteht, deren sich der polnische Außenminister und seine Mitarbeiter in Genf und sonst auf dem internationalen Terrain befleißigen, wenn es sich um die Rechte der deutschen Minderheit in Polen handelt. Es würde keinen derartigen Widerspruch geben, wenn der Propagandaartikel mit Stolz darauf hinweisen könnte, daß sich unter der polnischen Herrschaft die Lage der Deutschen in Oberschlesien in allen wesentlichen Belangen, verglichen mit der Lage ihrer nationalpolnischen Mitbürger, gar nicht verschlechtert hätte, und daß besonders die Kulturbedürfnisse der ober-schlesischen Deutschen ihre volle Befriedigung fänden. Der Propagandaartikel betont aber das Gegenteil: daß es nämlich um die Deutschen in Oberschlesien immer schlechter bestellt sei.

Offenbar ist der Artikel auf eine Mentalität zugeschnitten, auf welche die aufrichtige Feststellung dieser Tatsache „propagandistisch“ wirkt. Der Verfasser wird sich darin wohl kaum irren; denn er ist Sachmann in diesen Sachen. Er kann es aber nicht verhehlen, daß sich gewisse Staatsbürger, die eine andere Mentalität haben, sich über dieses freie Eingeständnis, worauf die Politik des Staates hinsichtlich der Deutschen in Oberschlesien abzielt, ihre stillen Gedanken machen.

Zusatzbemerkung der Schriftleitung:

Denken wir einmal ehrlich in diesem „Schlesischen Monat“ über das Schicksal der südwestlichen Ecke unseres Landes nach. Wenn hier wirklich so viel Glück aufgesperrt liegt, wie es nach dem vorliegenden Aufsatze in dem führenden Warschauer Regierungsblatt den Anschein hat, warum brauchte man dann überhaupt erst einen „Schlesischen Monat“ zu organisieren? Warum kommen dann von Woche zu Woche Tausende von neuen Arbeitslosen in Schlesiens zusammen? Gewiß, es läßt sich nicht verkennen, daß die allgemeine Weltkrise daran mitschuldig ist; aber hängt diese Weltkrise nicht eng damit zusammen, daß man — wie der Verfasser sehr richtig bemerkt — in Schlesiens und anderswo „ein noch nirgends vorgekommenes Monstrum“ geschaffen, eine fein gegliederte geschlossene Industrie-Werkschäfte zerrissen hat?

Ein leicht entflammter, unverständiger Patriot wird über die Entdeutschung der Wirtschaft und Bevölkerung dieses Gebietes jubeln und die Eisenbahn nach Gdingen preisen, die immer weniger Produkte befördert, aber nicht entsprechend weniger Zinsen kostet wird. Ein verständiger Patriot dagegen, der auch den übernächsten Tag noch überlebt, wird diese gewiß nicht freiwillige Entdeutschung als eine der gefährlichsten Belastungen nicht nur der mittlereuropäischen Wirtschaft, sondern auch des polnischen Volkstums ansehen, deren Wirkungen noch nicht abzuschätzen sind. Ein kluger Hausvater wird auch im Gedanken an Gdingen und an seine Zufuhrbahn angesichts der geradezu katastrophalen Verhältnisse unseres wirtschaftlichen Lebens den Wunsch laut werden lassen, daß die ungezählten Millionen, die hier fast ausschließlich aus national-polnischen, nicht aus wirtschaftlich bedingten Gründen, ausgegeben wurden, heute noch in der Geldbörse des Steuerzahlers steckten. Wir würden allzumal bessere Geschäfte machen, weniger Staatsorgen haben und ein fröhlicheres Weihnachtsfest feiern, als es diesmal, rein äußerlich betrachtet, dem gesamten polnischen Staatsvolk beschieden ist.

Ein Wort noch über den Triumph der Polonisierungsmethoden im schlesischen Schulwesen, der ein eigenartiges Gegenstück zu der liberalen Haltung der Preussischen Regierung gegenüber ihren polnischen Minderheiten bildet. Ein eigenartiges Gegenstück auch zu den Idealen, die das polnische Volk vor seiner Befreiung durch die deutsche Armee verkündet hat. Ist es wirklich ein so schöner Erfolg, wenn man seinen Vätern ins Gesicht schlagen kann? Wir haben uns tatkräftig und erfolgreich für die polnische Schulordnung in Preußen eingesetzt; wir haben deshalb auch das Recht, die Dinge, die hierzulande an unseren Kindern — nicht nur in Oberschlesien — geschehen, beim richtigen Namen zu nennen.

Der „Schlesische Monat“ steht unter dem Eindruck der unlegbaren Tatsache, daß die Verdrängung der Deutschen mit der Vergrößerung des Massenelends in Polnisch-Oberschlesien parallel ging, und daß die Verdrängung des deutschen Kapitals eine Zeit folgen ließ, in der das Gepein des Hungers hinter den nicht mehr rauchenden Schornsteinen herausstieg. Wie glücklich waren doch die schlesischen Arbeiter der Friedenshütte, als deutsche Großbanken eben noch einen Kredit von 8 Millionen Zloty hergaben, der die wichtigsten Bedürfnisse befriedigte. Als „Dank“ dafür preist man die Verdrängungspolitik, als „Dank“ dafür schreibt man an unsere Anschlagtafeln auf buntfarbige Plakate, daß der „Schlesische Monat“ daran erinnern soll, daß Hunderttausende unserer schlesischen Brüder noch immer unter dem Joch der fremden Übermacht ächzen. Man ächzt in Polnisch-Oberschlesien trotz oder wegen der Errungenschaften der letzten Jahre schon gerade genug. Wer Schlesiens helfen will, soll sich zunächst mit den Deutschen verständigen. Aber solch politisches Evangelium will man nicht einmal in diesem Weihnachtsmonat predigen. Wir haben samt und sonders darunter zu leiden. Und brauchen es nicht!

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

1 Mädchen, 1 Auto, 1 Hund.

Einer der spannendsten und erfolgreichsten Kriminalromane des letzten Jahres aus der Feder Ole Stefanis

beginnt in den nächsten Tagen in unserer Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“.

„Das Element, welches in seiner Hand beinahe den ganzen sowohl agrarischen als auch industriellen Besitz hatte, waren die Deutschen. Ausgezeichnet organisiert, schienen sie eine Macht zu sein, die nicht zu stürzen war. Die agrarischen Bezirke an der Oder wurden an Deutschland angeschlossen, wodurch Polen eine halbe Million (?) einer ökonomisch am meisten unabhängigen Bevölkerung weggenommen wurde. Der ganze administrative, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und kirchliche Apparat war an die Bedürfnisse Deutschlands angepaßt. Die riesige und verschiedenartige schlesische Industrie bot, wie jede komplizierte Maschine anscheinend kein Feld für tiefgehende Reformen. Kurz, es schien, als ob die polnische Herrschaft vor eine nicht zu bewältigende Aufgabe gestellt war.“

„Und gerade unter diesen unerhört schwierigen Bedingungen ist ein in der Geschichte nicht dagewesener Prozeß der Verschmelzung zweier Organismen vor sich gegangen, deren Unterschiede an Abgründe gemahnten. Heute können wir mit Stolz feststellen, daß Oberschlesien nach zehn Jahren polnischer ist, als es nach zweihundert Jahren der preussischen Herrschaft, welcher vierhundert Jahre der tschechischen und österreichischen Herrschaft vorangegangen waren, deutsch gewesen war.“

„Die Zahl der Deutschen in Schlesiens war immer nicht groß; doch besaßen sie dank der vorherrschenden wirtschaftlich-sozialen Stellung eine bedeutende Einflußsphäre. Dadurch erklärt es sich, daß auf dem Territorium der schlesischen Wojewodschaft beim Plebiszit sogar 44 Prozent der Stimmen für Deutschland abgegeben wurden. Doch schon während der Seimwahlen im Jahre 1922 haben die Deutschen nur 29,2 Prozent erlangt, um im Jahre 1930 bis zu 21,8 Prozent herabzusinken. Wir sehen also eine mehr als doppelte Schrumpfung der Einflußsphäre im Laufe von zehn Jahren. Wenn es sich um die genaue Zahl der Deutschen handelt, so kann man sie heute mit etwa 18 Prozent bestimmen, wobei die Schulstatistiken eine rasche Verminderung dieses Verhältnisses nachweisen. Alles dies geschieht entgegen den bekannten deutschen statistischen Methoden, ohne das Element der Gewalt in das Spiel einzuführen, im Gegenteil hat das deutsche Element in Schlesiens eine geradezu bevorrechtete Stellung. Wir sind hier Reagen des natürlichen Schwindens der künftigen deutschen Überlegenheit, nicht aber eines Polonisierungsprozesses. (Diese unverständliche Füge kann sogar Herr Baleski an Hand der letzten Watschresolution. D. Red.)“

„Tiefste Sachen hat der Polnische Staat vollbracht, wenn es sich um die Verbindung Schlesiens mit dem Mutterlande handelt. Die im Laufe von zehn Jahren erbauten Eisenbahnlinien vereinigen vor allem den nördlichen Teil der Wojewodschaft mit dem südlichen, und verbunden sie dann enger mit dem Inneren des Landes und — dank der Linie Skalec — Podzamcze — mit dem Baltischen Meere. Der Bau der Kohlenlinie wird diesen Prozeß beenden, wenn es sich um die Eisenbahnkommunikation han-

einer ähnlich kurzen Zeit wohl in keinem Staate — natürlich im Verhältnis zum Gebiete und zur Zahl der Bevölkerung — errichtet.“

„Doch die größte Errungenschaft wurde erzielt in der Welt der Zukunft — im Schulwesen. In dieser Richtung hat die schlesische Wojewodschaft ein Maximum der Energie eingesetzt und erlangte erstaunliche Resultate. Es genügt zu erwähnen, daß zu polnischer Zeit einige Hundert neuer allgemeiner Schulen, Mittelschulen und Fachschulen, einige Hundert Kinderheime, eine große Anzahl Jordan'scher Gärten, Turnplätze, Sanatorien usw. gegründet wurden. Entwickelt wurde das im Anfangsstadium befindliche Fachschulwesen, welches 1670 Schüler im Jahre 1922 aufwies, bis zur Zahl von 38 000 Schülern im Jahre 1930. Die Zahl der Einschreibungen in die Schulen der deutschen Minderheit ist im laufenden Schuljahre auf 5,3 Prozent gesunken, während sie noch im Schuljahre 1926/27 — 30 Prozent betragen hatte. Die Schulstatistik, welche 94,7 Prozent der Einschreibungen in die polnischen Schulen aufweist, beweist, daß wir über die nationale Zukunft dieser Provinz beruhigt sein können.“

„Die Mehrheit der erwähnten Arbeiten zumal auf dem Gebiete des Verkehrs, des Bauwesens und des Schulwesens wurde im Laufe der letzten fünf Jahre durchgeführt. Das wird nicht nur die Statistik, sondern jeder schlesische Arbeiter sagen.“

Aus dem in wörtlicher Übersetzung angeführten Artikel ist vielerlei zu lernen, zumal, da seine Leitlinie Gefühle und Gedanken gegensätzlicher Art hervorruft, je nachdem, ob den Leser starke nationale Bande mit dem deutschen oder dem polnischen Volkstum verknüpfen.

In dem Artikel wird das Lob und der Preis der Leistungen des polnischen Staates in Oberschlesien gelungen. Die Superlative ergeben sich von selbst aus dem propagandistischen Zwecke. Wenn man jedem Kaufmann das Recht zugeht, seine Waren anzupreisen, kann man es keinem Staate verdenken, wenn er seine Verdienste um ein unter sehr verwickelten Umständen erworbenes Gebiet nicht bescheiden unter den Scheffel stellen will und es vielmehr vorzieht, sich dieser Verdienste zu rühmen. Es steht übrigens jedem urteilsfähigen Menschen frei, nicht nur das Selbstlob eines Privatmenschen, sondern auch dasjenige einer so übermächtigen Persönlichkeit, wie sie der Staat darstellt, einem kühlen und objektiven Urteile zu unterziehen; nur ist die öffentliche Äußerung dieses Urteils zumeist an gewisse Bedingungen geknüpft. So ist z. B. die Äußerung eines billigen Urteils über den Staat, dessen Bürger man ist, jederzeit erlaubt. Wenn das Urteil jedoch negativ ausgefallen ist, kann die Äußerung in vielen, vielleicht in den meisten Staaten der Welt mit Unannehmlichkeiten verbunden sein.

Im angeführten Artikel wird der Polnische Staat wegen verschiedener Leistungen in Oberschlesien gepriesen, und diese Leistungen werden ausgezählt. Sie sind von solcher Art, wie sich deren auch andere Staaten der Gegenwart zu

